



TROPENSTURM NOEL

# Die Aufbauarbeiten nach den verheerenden Überschwemmungen haben begonnen

- Nach dem Abzug des Tropensturms gingen die Regenfälle im Osten der Insel weiter und forderten ein Todesopfer und Verluste von fast 500 Millionen Dollar
- Das rasche Handeln der Behörden und die Evakuierung von über 60.000 Menschen verhüteten Schlimmeres

Seiten 8 bis 10

**Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern ein gesundes, erfolgreiches und glückliches neues Jahr**

**SPD-MdB Lothar Mark verurteilt die Haltung Bushs zu Kuba und den "Gemeinsamen Standpunkt" der EU**

Seite 7

**UN-BERICHTERSTATTER JEAN ZIEGLER:**

**Die Blockade ist eine unilaterale Arroganz**

Seite 6

**Die Exporte der Insel (incl. Dienstleistungen) wuchsen um 44%**

• 1.425 Firmen aus 53 Ländern auf der Internationalen Messe von Havanna

Seite 11

**Die Energierevolution schuf Kapazitäten, die den Spitzenbedarf an Strom befriedigen**

Seite 4

**Granma**  
INTERNACIONAL

Deutsche  
Ausgabe

Avenida General Suárez y Territorial,  
Plaza de la Revolución Jose Martí,  
Apartado Postal 6260, La Habana 6,  
Cuba, C.P. 10699  
Tel: 881-6265 / 881-7443  
Zentrale: 881-3333 App. 23 und 381

E-MAIL:  
informacion@granmai.cip.cu

**GENERALDIREKTOR**  
Lázaro Barredo Medina

**CHEFREDAKTEUR**  
Gabriel Molina Franchossi

**STELLVERTRETER**  
Miguel Comellas Dopico  
Gustavo Becerra Estorino

**PRODUKTIONSCHEF**  
Migdalia Hardy Mengana

**TEAMCHEFS**  
**Layout**  
Iván Terrero Alba  
Tel. 881-6021

**Deutsche Ausgabe**  
Hans-Werner Richert  
Tel. 881-1679  
e-mail: aleman@granmai.cip.cu

**Spanische Ausgabe**  
Gustavo Becerra Estorino

**Englische Ausgabe**  
Angie Todd  
Tel. 881-1679

**Französische Ausgabe**  
Alain Metterie  
Tel. 881-6054

**Portugiesische Ausgabe**  
Sara San Emeterio  
Tel. 881-6054

**Italienische Ausgabe**  
M. U. Gioia Minuti  
Tel. 832-5337 / 881-6265

**Vertrieb und Abonnements**  
Miguel Domínguez Hernández  
Telf. 881-9821

Druck  
Zeitungsverlag Granma,  
Havanna Kuba

**NACHDRUCK**

**Brasilien**  
Cooperativa de Trabalhadores em  
Serviços Editoriais e Notícias Ltda.  
Rua Regente Feijó 49 - 2o andar  
CEP 20060 Rio de Janeiro  
Tel/Fax: (021) 222-4069

**Kanada**  
National Publications Centre  
C.P. 521, Station C,  
Montreal, QC H2L 4K4  
Tel/Fax: (514) 522-5872

**Argentina**  
Movimiento Cultural  
Acercándonos  
Buenos Aires  
Telf.: (011) 4862-3286

WEBSITE INTERNET:  
http://www.granma.cu

ISSN 1563 - 8286

# Kuba wurde in den Exekutivrat der UNESCO gewählt

• **“Das ist eine Anerkennung des sozialen Werks der Revolution und ihrer Solidarität mit anderen Völkern”, sagte der Botschafter der Insel**

• PARIS (PL).- Kuba wurde auf der 34. Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) in Paris in den Exekutivrat dieser Organisation gewählt.

Mit 157 Ja-Stimmen (von 165) war Kuba eines der Länder, die im Laufe des Wahlprozesses die meiste Unterstützung bekamen.

Der Botschafter der Insel bei

der UNESCO, Héctor Hernández, äußerte gegenüber Prensa Latina, daß diese Berufung die Anstrengungen der karibischen Regierung belohne, die diese der Entwicklung von Bildung, Wissenschaft und Kultur widmet.

Außerdem sei es eine Anerkennung des sozialen Werkes der kubanischen Revolution und ihres solidarischen Beitrags für andere Völker der Welt durch die meisten Mitgliedsstaaten der Organisation, betonte er.

“Dieses Ergebnis”, so stellte er heraus, “ist auch eine Botschaft an die Regierung der Vereinigten Staaten, die auf ihrer Blockadepolitik gegenüber dem karibischen Land besteht.”

“Man muß dabei bedenken, daß Kuba nach der Anzahl der

erhaltenen Stimmen an sechster Stelle der gewählten Länder (insgesamt 31) steht, und an erster unter den Anwärtern der westlichen Hemisphäre, weit vor den USA”, stellte er heraus.

Der Exekutivrat ist eins der drei Organe der UNESCO-Verfassung. Ihm gehören 58 Staaten an, deren Amtszeit vier Jahre beträgt. Er prüft das Arbeitsprogramm der wichtigen Agenda der UNO sowie die entsprechenden Haushaltsvoranschläge.

Zudem gewährleistet er die wirksame und rationelle Erfüllung des UNESCO-Programms.

An der Vollversammlung in Paris nahmen mehr als 2000 Vertreter der 193 Mitgliedsstaaten sowie sechs assoziierte Staaten teil, darunter zahlreiche Minister und Staatsoberhäupter. •

## Konzert von Chucho Valdés zum Abschluß der Feierlichkeiten zum Welternährungstag

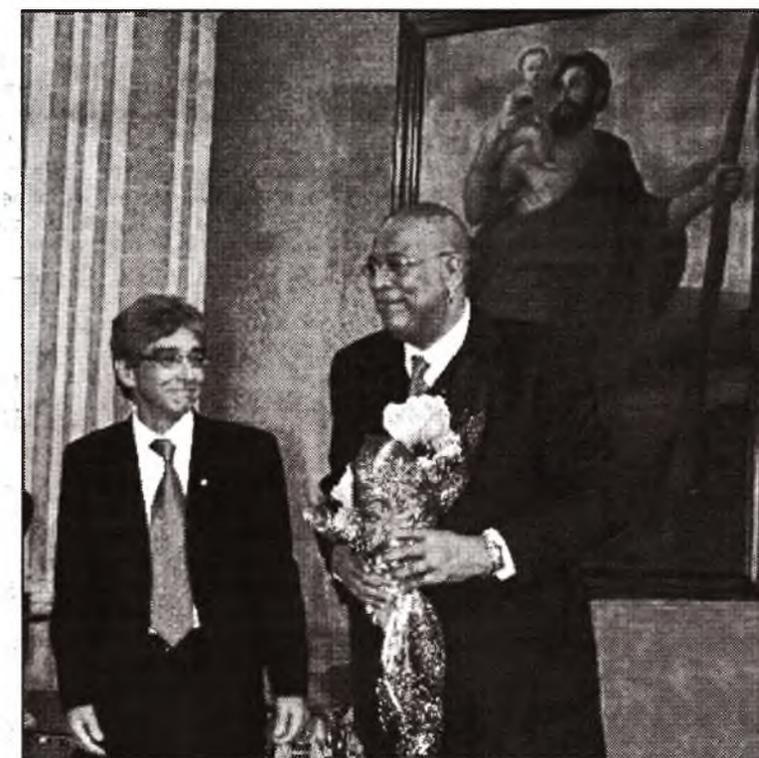
TEXT UND FOTO: ALBERTO D. PEREZ - für Granma Internacional

• BEGLEITET von den Musikern seiner Gruppe Yaroldy Abreu (afrokubanische Perkussion), Lázaro Rivero (Baß) und Jan Carlos Rojas (Schlagzeug), schenkte der Pianist Chucho Valdés zum Abschluß der Feierlichkeiten zum Welternährungstag 2007 in Kuba und aus Anlaß des 62. Jahrestages der Gründung der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) dem Publikum ein ausgezeichnetes Konzert.

Chucho Valdés war unlängst im Sitz der FAO, in Rom, zum Botschafter des Guten Willens dieser Einrichtung ernannt worden. Der Generaldirektor dieser internationalen Organisation, Jacques Diouf, hatte ihn persönlich eingesetzt, wie der Vertreter der FAO in Havanna, Marcio Porto, in seiner Festansprache bekannt gab.

Das Konzert, das in der Kleinen Basilika des Klosters des Heiligen Franz von Assisi, inmitten der Altstadt, dargeboten wurde, versammelte Vertreter der Regierung Kubas und des im Land akkreditierten Diplomatischen Corps; Repräsentanten von UN-Einrichtungen in Kuba und Mitglieder der Nichtregierungsorganisationen, die der größten Antilleninsel in Verbindung mit der FAO Hilfe leisten.

Unter den Anwesenden weilten die Vizeminister Orlando Requejo, für Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit (MINVEC), und José Antonio Díaz Duque, für Wissenschaft, Technologie und Umwelt (CITMA), weiterhin der Generaldirektor der Kuba-



Marcio Porto, Repräsentant der FAO in Kuba, beglückwünscht Chucho Valdés, den Botschafter des Guten Willens der FAO auf der Insel

nischen Gesellschaft der Vereinten Nationen, Carlos Amat, sowie Vertreter kubanischer Ministerien und Institutionen, die Arbeitsbeziehungen mit der FAO verbinden.

Neben dem Gastgeber, dem FAO-Repräsentanten Marcio Porto und seiner Ehefrau, besuchten das Konzert die hiesige Koordinatorin der Vereinten Nationen, Susan McDade, Myrta Kaulard, Vertreterin des Welternährungsprogramms, José Juan Ortiz, Vertreter des Weltkinder-

hilfswerks (UNICEF), Roberto Gálvez, hiesiger Vertreter beim UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), und Montserrat Martell, Beauftragte der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO).

Am Vormittag des 16. Oktober gab es anläßlich des Welternährungstages 2007 einen Festakt in der Aula Magna der Universität Havanna, dem die Erstaussgabe einer FAO-Gedenkmarke vorausging. •

## 72% aller US-Bürger glauben, ihr Land sei auf dem falschen Weg

• **Ergebnisse einer von der Washington Post veröffentlichten Umfrage**

• WASHINGTON (EFE).- 72% der US-Bürger glauben, ihr Land sei auf dem falschen Weg, und sind ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen bereit für einen Wechsel, wie aus einer Umfrage hervorgeht, die am 4. November in der Zeitung *The Washington Post* veröffentlicht wurde.

Die Umfrage, die zusammen mit dem Fernsehsender ABC unter 1.131 Erwachsenen durchgeführt wurde, ermittelte, daß 49% der möglichen Demokraten-Wähler geneigt sind, für die Kandidatur der New Yorker Senatorin Hillary Clinton zu stimmen.

33% der möglichen Republikaner-Wähler ziehen, laut der Umfrage, den ehemaligen Bürgermeister von New York, Rudolph Giuliani, als Präsidentschaftskandidaten vor.

“Die Sorgen um die Wirtschaft, über den Irakkrieg und eine steigende Unzufriedenheit mit dem politischen Klima in Washington trugen zu der in einem Jahrzehnt schlechtesten Beurteilung der Leitung des Landes bei”, schrieb die Zeitung.

Nur 24% der Befragten glauben, daß sich die Vereinigten Staaten auf dem richtigen Weg befinden, und drei von vier Befragten wollen, daß der nächste Präsident (oder die Präsidentin) “eine andere als die von Präsident George W. Bush verfolgte” Richtung einschlägt.

69% der Befragten meinen, eine wirtschaftliche Rezession sei im nächsten Jahr “sehr wahrscheinlich” oder “ziemlich wahrscheinlich”, was die Auswirkungen der Immobilienkrise und der Kreditverteuerungen zeigt, die vor einem Jahr begannen.

Nach einem anderen umstrittenen Thema vor den Präsidentschaftswahlen gefragt, unterstützten 51% der Befragten ein Programm, das den illegalen Einwanderern das Recht gibt, legal in den Vereinigten Staaten zu leben, wenn sie eine Strafe zahlen und andere Voraussetzungen erfüllen.

In dieser Umfrage betrug der Anteil derer, die die Tätigkeit von Präsident Bush gutheißen, 33%, und nur 28% der Befragten haben eine gute Meinung über die Arbeit des Kongresses.

54% der Umfrageteilnehmer meinten, daß die Demokraten die 2006 errungene Mehrheit im Kongreß im Jahr 2008 beibehalten.

Und wenn die Wahlen heute stattfinden würden, würden der Umfrage nach 50% der Befragten für die Demokratin Clinton stimmen und 46% für den Republikaner Giuliani. •

# KUBA ANTWORTET BUSH

• Auf drei am 24. Oktober in Washington vorgelegte verfehlte Initiativen des US-Präsidenten, der eine Eskalation der Subversion gegen die Insel ankündigte, antwortete Außenminister Felipe Pérez Roque mit zwölf Punkten

MIREYA CASTAÑEDA – Granma Internacional

• AUSSENMINISTER Felipe Pérez Roque versammelte die nationale und die in Havanna akkreditierte internationale Presse, "um im Namen der Regierung und des Volkes von Kuba auf die Erklärungen von Präsident Bush zu antworten".

"Kuba schätzt ein, daß die Worte des Präsidenten der Vereinigten Staaten eine bisher ungeahnte Eskalation in der Politik gegenüber Kuba ankündigen, mehr Blockade, mehr Subversion, mehr Isolationsversuche", sagte Pérez Roque.

Die Politik des Bush-Regimes habe den Wandel des Regimes in Kuba zum Ziel, "und sei es mit Gewalt", was der US-Regent "Beschleunigung des Übergangsprozesses" nennt, und Fidel als "die gewaltsame Zurückeroberung Kubas" bezeichnet, mahnte er.

Der Außenminister analysierte die "drohende und hochmütige Sprache" in der Rede im Weißen Haus und die bedeutsame Änderung von Wörtern und Konzepten.

Im Januar 2004 forderte Bush, "für einen schnellen und friedlichen Übergang zur Demokratie zu arbeiten", zitierte Pérez Roque, im Mai hieß es, "den Tag, an dem Kuba ein freies Land sein wird, schnell herbeizuführen", und im Oktober: "Das kubanische Volk muß befreit werden."

Drei Jahre später, im Juni 2007 – so der Minister – riet Bush, weiterhin "starken Druck zugunsten der Freiheit Kubas auszuüben", und jetzt sagte er: "Das Schlüssel in unserer zukünftigen Behandlung Kubas ist nicht Stabilität sondern Freiheit."

Kuba versteht diese Worte als eine unverantwortliche Handlung, die das Ausmaß des Versagens widerspiegeln und zur Gewalt aufruft, um die Revolution zu stürzen, resümierte der Außenminister.

"Bush läßt die Option einer hypothetischen und dünkelfhaften internen Erhebung offen, jeder weiß, daß das politisch unmöglich ist, weil die Revolution vom Volk getragen wird, aber er läßt auch die Möglichkeit einer Aggression von außen offen", stellte er fest.

"Bush bleibt nicht mehr viel Zeit und das macht ihn um so gefährlicher", meinte der Minister und ergänzte, Bush habe in seiner Rede in Washington "einen vagen und lächerlichen Versuch unternommen, unsere Streitkräfte und das Innenministerium anzuwerben", denen er das Leben schenkt, wenn sie die Revolu-



Kuba versteht die Worte Bushs als "einen Aufruf zur Anwendung von Gewalt, um die Revolution zu stürzen und seine Absichten in Kuba durchzusetzen", sagte Außenminister Felipe Pérez Roque

tion verraten.

"Ich habe eine Botschaft für Sie, Herr Präsident, Sie phantasieren, Sie reden zu einem Befreiungsheer und zu Sicherheitskräften, die mehr als 600 Mordversuche auf Fidel verhindert haben. Sie sind im Irrtum, Sie kennen dieses Volk nicht, es ist nicht von der Art der Söldner, die Sie hier bezahlen", äußerte Pérez Roque.

"Die Reaktion in Kuba ist Empörung, aber mit absoluter Gelassenheit, Standhaftigkeit und Vertrauen auf unsere Kraft. Das bestimmende Wort hier lautet: Mut", betonte er.

Der Außenminister kommentierte anschließend die drei neuen "Initiativen" Bushs für Kuba, die ein Beweis dafür sind, daß kaum noch etwas gegen die Insel auszuprobieren übrig bleibt.

Er bezog sich auf die Bereitschaft Bushs, Nicht-Regierungsorganisationen und religiösen Gruppen die Genehmigung zu erteilen, jungen Kubanern Computer zu überbringen und den Zugang zum Internet zu ermöglichen.

"Eine alberne Ankündigung, über die man lachen könnte, stände sie nicht in Zusammenhang mit dieser noch härteren Politik gegen Kuba. In einem Land, das trotz der Blockade mehr als 500.000 Computer installiert hat, das im kommenden Jahr noch weitere 150.000 installieren wird und in der Lage ist, 120.000 Stück jährlich zu montieren. Wo gibt es 600 Jugendclubs, die kostenlosen Zugang zum Internet für mehr als zwei Millionen Kubaner jährlich anbieten."

Ferner kündigte er an – so Felipe Pérez Roque – daß er junge

Kubaner, Kinder seiner Söldner in Kuba, zu einem Studienprogramm einladen wird, das für Lateinamerika für drei Jahre eingerichtet wurde. "Und das für ein Land mit 65 Universitäten, an denen heute 730.000 kubanische Jugendliche studieren und das 30.000 Studenten aus 120 Ländern ein kostenloses Studium ermöglicht."

Abschließend schlug Bush vor, einen internationalen Fonds für die Freiheit Kubas zu schaffen, mit dem Ziel, daß andere Länder Geld einzahlen, um die Revolution zu stürzen, führte der Außenminister aus.

Der Herr Präsident richtet einen verzweifelten Aufruf an andere Länder, sich der Blockade anzuschließen – stellte Pérez Roque heraus -, ein Beweis für seine Isolierung, dafür, daß er keine Unterstützung in der Welt hat. "Man kann der Mächtigste sein, ohne der Geachtteste zu sein. Die internationale Gemeinschaft macht Ihre Politik nicht mit und heute ist die Ablehnung der völkermordenden Blockade so gut wie universal."

Nach seinem Kommentar zu den "Initiativen" führte der Außenminister zwölf Punkte auf, "als Vorschlag für den US-Präsidenten, sie in seine Agenda für die Insel aufzunehmen":

Achtung des Rechts auf Unabhängigkeit und Souveränität der Kubaner.

Sofortige Beendigung der Aggressionspolitik und der Drohungen.

Schluß mit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas und dem Versuch, eine interne Opposition zu fabrizieren.

Beendigung der subversiven Handlungen gegen Kuba und des Funk- und Fernsehkrieges gegen unser Land.

Sofortige Beendigung der Blockade.

Aufhebung des Reiseverbots nach Kuba für US-Amerikaner und für die in den USA lebenden Kubaner, die ihre Familien auf der Insel besuchen möchten.

Schluß mit der Werbung zur illegalen Emigration. Abschaffung des Adjustment Act und Erfüllung der Migrationsabkommen.

Schluß mit den aggressiven Lügenkampagnen, die mehr Mittel denn je verschlingen.

Freilassung der fünf antiterroristischen kubanischen Kämpfer, die als politische Häftlinge in US-Gefängnissen sitzen.

Auslieferung des Terroristen Luis Posada Carriles nach Venezuela bzw. Veranlassung seiner Verurteilung in den USA.

Sofortige Schließung des Folterzentrums, das Bush auf dem Marinestützpunkt in Guantánamo errichtet hat.

Schluß mit dem Druck auf die internationale Gemeinschaft mit dem Ziel, Bushs Politik gegen Kuba zu unterstützen.

Pérez Roque wiederholte, daß Bush seine Vorhaben gegen Kuba nicht erreichen wird. "Es gibt keine menschliche Kraft, keine Naturkraft in der Welt, die die Kubaner von ihren Träumen von Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit abringen kann. Wir sind eine siegreiche Revolution und genießen die Achtung aller."

Kurz vor Ende seines Redebeitrags erinnerte der Außenminister daran, daß sich in diesen Tagen die Oktoberkrise zum 45. Mal jährt und im kubanischen Volk "die gleiche Gelassenheit, die gleiche Entschlossenheit, das gleiche Gefühl der nationalen Einheit und des nationalen Stolzes herrscht wie in jenen leuchtenden und traurigen Tagen, wie Che sie nannte, als das kubanische Volk bereit war, wenn nötig, sich eher einem Atomkrieg zu stellen, als auf seine Prinzipien und seine Souveränität zu verzichten". •

## Neue Yutong-Omnibusse zur Verbesserung des Nahverkehrs

• Ihr Einsatz setzt das Programm zur Verbesserung des ÖPNV fort, das im Februar 2005 angekündigt wurde und Investitionen im Wert von mehreren Hundert Millionen Dollar für Omnibusse, Werkstätten und Ersatzteile umfaßt

• NEUE Omnibusse der Marke Yutong aus der Volksrepublik China begannen in der kubanischen Hauptstadt zu zirkulieren und im öffentlichen Nahverkehr ihren Dienst zu leisten. Es sind mehr als 100 Fahrzeuge, deren effizienter und organisierter Einsatz nach und nach helfen wird, eins der wichtigsten Probleme der kubanischen Bevölkerung zu lösen.

Dies informierte die Tageszeitung *Granma* in ihrem Bericht über den Besuch des Vizepräsidenten Carlos Lage im Bus-Depot in San Agustín, einem Stadtviertel von Havanna. Die Zeitung stellt fest, daß in jüngster Zeit elf Omnibus-Modelle dieser bekannten chinesischen Marke im Land angekommen sind. Sie gehören zu den insgesamt 398 Fahrzeugen aus mehreren Lieferungen für den Einsatz im Stadtverkehr, im Tourismus, sowie als Schul- und Werksbusse.

Ihre Ankunft und stufenweise Inbetriebnahme setzt das Programm zur Verbesserung

des ÖPNV fort, das im Februar 2005 von Präsident Fidel Castro angekündigt wurde und Investitionen im Wert von mehreren hundert Millionen Dollar für Omnibusse, Werkstätten und Ersatzteile umfaßt. Wie Lage der Presse mitteilte, werden in einem Zeitraum von drei Jahren insgesamt 6.350 neue Fahrzeuge den Betrieb aufnehmen. Im vorigen Jahr kamen die ersten 1.000 Fahrzeuge an, die im Regionalverkehr eingesetzt sind.

In seinen Erklärungen teilte er mit, daß alle Provinzen in den Nutzen der neuen Stadtbusse kommen werden. Es wurde mit der Stadt Havanna begonnen, die 2,2 Millionen Einwohner hat, und deren Fahrzeugpark große Beeinträchtigung



Die neuen Busse sind nicht die vollständige Lösung der Verkehrsprobleme, bedeuten aber eine wesentliche Erleichterung der Situation, die das tägliche Leben der Bevölkerung so sehr beeinträchtigt

gen aufwies, so daß die tägliche Beförderung im letzten Jahr auf 460.000 Passagiere zurückgegangen war. Heute hat sich diese Zahl

auf 580.000 erhöht, und für 2008 ist vorgesehen, mit dem Einsatz der neuen Fahrzeuge auf über eine Million zu kommen.

Er sagte, daß sich einschließlich den letzten Lieferungen dieses Jahres jetzt 552 Omnibusse verschiedener Modelle und Verwendungszwecke im Land befinden und weitere erwartet werden, mit denen es dann insgesamt 1.148 sein werden. Sie besitzen optimale Qualität, haben einen niedrigen Kraftstoffverbrauch, sind preisgünstig, und die chinesische Regierung bewilligt Kredite für ihren Erwerb.

Sie seien nicht die vollständige Lösung der Verkehrsprobleme, stellte er klar, bedeuten aber eine wesentliche Erleichterung der Situation, die das tägliche Leben der Bevölkerung so sehr beeinträchtigt.

Er erwähnte, daß nach und nach neue Omnibusse in die anderen Provinzhauptstädte gelangen und auch auf einigen regionalen Strecken in allen Provinzen eingesetzt werden.

Mit der Einführung dieser neuen Technik geht ein Prozeß der Wiederherstellung der vorhandenen Omnibusse einher. Es werden Kapitalüberholungen und Reparaturen vorgenommen, so daß dieser Prozeß nicht einfach ein Ersetzen von Fahrzeugen ist, sondern eine Erhöhung der Verkehrsleistungen. •

# Bush respektiert nicht einmal die Handelsmarken

• **Neue Beschwerde Kubas vor der Welthandelsorganisation wegen der Ablehnung der USA, das als Sektion 211 bekannte Gesetz außer Kraft zu setzen, durch das die Firma Bacardí in den Vereinigten Staaten die Handelsmarke Havana Club benutzen kann, ungeachtet des Urteils des juristischen Organs der Vereinten Nationen, das dies angeordnet hatte und dabei sogar von US-Unternehmern unterstützt wurde**

GABRIEL MOLINA  
– Granma Internacional

• **BOTSCHAFTER** Juan Antonio Fernández, der ständige Vertreter Kubas vor dem Schiedsgerichtorgan (Dispute Settlement Body - DSB) der Welthandelsorganisation, klagte in Genf die Geringschätzung der internationalen UNO-Organen durch Washington an.

Fernández tadelte die Respektlosigkeit der US-Regierung, die sich weigert, das Urteil des DSB von vor fünf Jahren zu beachten, das sie verpflichtet, das als Sektion 211 bezeichnete Dekret, auch als Marken-gesetz bekannt, außer Kraft zu setzen. Das umstrittene Machwerk, das den internationalen Schutz für Marken wirkungslos macht, wird in dem Bericht gegen die US-Blockade aufgeführt, den die kubanische Regierung der UN-Generalversammlung in den nächsten Tagen vorlegen wird.

„Der Vertreter der Vereinigten Staaten hat gesagt, sein Kongreß arbeite mit verschiedenen Gesetz-entwürfen daran, die Entscheidung des DSB in dieser Auseinandersetzung zu erfüllen“, erklärte der kubanische Diplomat. Die Mißachtung der Entscheidungen dieses Organs und der Generalversammlung der Vereinten Nationen zeigt sich in Vorschlägen, die beabsichtigen, diesen Gesetzauswuchs zu verewigen, indem nur unwesentliche Änderungen der Sektion 211 ange-

strebt werden.

„Man kann nicht mehr davon reden, daß durch die über fünfjährige Verzögerung der Erfüllung der Entscheidungen dieses Organs die Sicherheit und Glaubwürdigkeit des Mechanismus zur Lösung von Differenzen auf die Probe gestellt werden. Tatsächlich glaubt niemand mehr an die Existenz eines schnellen, effizienten und glaubwürdigen normativen Systems zur Lösung der Meinungsverschiedenheiten.“

## EIN AUF DIE FIRMA BACARDÍ MASSGESCHNEIDERTES GESETZ

Das Gesetz 211 ist ein Beweis dafür, wie willkürlich die Rechtsprechung sein kann, sowohl beim Strafrecht, als auch beim Zivilrecht, wenn sie sich ungesunden politischen Interessen unterordnet.

Die Anwälte der Spirituosenfirma Bacardí erreichten im Jahr 1999, daß das US-Gericht des Bezirks New York-Süd die Reklamation von Havana Club International (HCI) hinsichtlich der Rechte auf die Marke, die rechtmäßig auf die französisch-kubanische Einrichtung übergegangen sind, ablehnte. Die Richterin Shira Scheindlin stützte sich 1999 für ihr Urteil in dem Prozeß Havana Club Holding S.A. gegen Galleon S.A. S.D. N.Y. auf das vom Washingtoner Kongreß 1998 verabschiedete, als Sektion 211 bekannte Gesetz, das „gemacht wurde, um Bacardí zu begünstigen“, wie in Unternehmerkreisen und im Kongreß selbst kommentiert wird.

Die Richterin Scheindlin wies das Argument der Firma HCI eines unfairen Wettbewerbs mit einem Rum, der ein weltweit bekanntes Markenzeichen trägt, zurück. Die HCI führte an, daß Havana Club nicht konfisziert wurde, sondern die Familie Arechabala einfach die Marke vernachlässigt und das Geschäft aufgegeben habe, als sie 1955 in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Die kubanische Regierung übernahm die Kontrolle einer bankrotten Firma.

HCI reklamiert, daß selbst wenn die Firma konfisziert worden wäre,

dies keine Wirkung in den Vereinigten Staaten gehabt hätte, wo die Familie Arechabala gut und gerne durch eine Zahlung von 20 Dollar die Lizenz hätte verlängern können. Das Finanzministerium stütze sich auf Druck von Jeb Bush, dem Bruder des Präsidenten, auf das Gesetz 211, um Havana Club International die Gebühren für die Rechte von Havana Club in den Vereinigten Staaten zu verweigern. Wenig später begann Bacardí, dort einen gefälschten Rum Havana Club zu vermarkten.

Bundesrichter Royce Lambert entschied über eine Berufung von Havana Club International gegen die Entscheidung des Kontrollbüros für ausländische Vermögen des Finanzministeriums. Wie am 1. Oktober bekannt wurde, beließ Lambert den Konflikt auf dem gleichen Stand, denn er gab beiden Seiten teilweise recht, womit die Angelegenheit unverändert im Raum steht, als ob sie nicht vom Richter untersucht worden wäre.

## WIE MAN EINE MARKE STIEHLT

Die Sektion 211 ist eine Klausel, die ohne diskutiert worden zu sein, angenommen wurde. Sie wurde von Connie Mack, Senator aus Florida, und Jesse Helms, einem anderen eng mit der Kubanisch-Amerikanischen Stiftung verbundenen Senator in einer umfangreichen allgemeinen Gesetzesvorlage über Haushaltszuwendungen des Jahres 1998 eingefügt.

Dieser Auswuchs verbietet den US-Gerichten, jegliche Marken oder Handelsnamen anzuerkennen, die mit denen identisch sind oder im wesentlichen übereinstimmen, die Marken oder Handelsnamen von Firmen oder Vermögen waren, die konfisziert wurden, es sei denn, der ursprüngliche Besitzer der besagten Marke oder des Handelsnamens, oder der authentische Nachfolger der besagten Interessen habe dem ausdrücklich zugestimmt.

Diese Klausel schränkt ausländische Firmen im Gebrauch von Marken ein, die Firmen gehörten, die von der kubanischen Regierung



konfisziert wurden. Gleichzeitig autorisiert sie US-Firmen, diese Marken zu benutzen, und hindert die Bundesgerichte, sich dazu zu äußern.

Der US-Außenhandelsrat (NFTC) äußerte in einer damals bekannt gegebenen Mitteilung, daß die Unternehmer und der Kongreß übereinstimmend die Außerkraftsetzung der Sektion 211 befürworten. Der Außenhandelsrat ist eine wichtige Handelsorganisation, die für ein offenes, auf Regulierungen basierendes Welthandelssystem eintritt.

Bill Reinshi, Präsident des NFTC, erklärte, daß es „gegenwärtig mehr als 5.000 in Kuba registrierte US-Marken gibt, gegen die dank dieses Gesetzes, das als Sektion 211 bekannt ist, und das die mit Kuba eingegangenen Verpflichtungen verletzt, verstoßen werden kann“.

## VERHÄNGNISVOLLER PRÄZEDENZFALL

Fernández erklärte auf der Tagung in Genf, daß „Kuba und die ganze Welt die Forderung nach einem Recht aufrecht erhält, das weginterpretiert wurde. Die Verteidigung der Rechte, die schnelle Beilegung von Differenzen und das Verbot unilateraler Entscheidungen sind Ziele des multilateralen Handelssystems, das alle Anwesenden vereinbart haben.“

Die Art und Weise, in der die Ver-

einigten Staaten das Prinzip der baldigen Erfüllung mißachten, droht, einen Präzedenzfall zu schaffen, der die Grundlagen des Systems zur Lösung von Handelsstreiten untergräbt.

Die Sektion 211 ist Teil der Konzessionen, die die US-Regierung einer wirtschaftlich mächtigen Gruppe in Verbindung mit der im Süden Floridas ansässigen, anti-kubanischen extremen Rechten macht, womit sie deren Wah' 'e bezahlt, die geleistet wird, damit die Regierung ihre feindliche Politik gegenüber Kuba beibehält.

Diese Sektion 211 ergänzt und erweitert die US-Blockade gegen Kuba, die jetzt wieder in der UN-Generalversammlung von der internationalen Gemeinschaft verurteilt wurde. Und wie jetzt schon seit fünfzehn Jahren wurde von der Regierung gefordert, ihre verbrecherische und vom ethischen und rechtlichen Standpunkt aus ungerechtfertigte Politik zu beenden.

Kuba, das im Recht ist und durch die Entscheidung des DSB unterstützt wird, fordert von der Regierung der Vereinigten Staaten, daß sie sofort die Sektion 211 außer Kraft setzt und der Organisation und ihren Institutionen gegenüber Respekt zeigt“, beendete der kubanische Botschafter seinen Beitrag. •

## Stromerzeugung übertrifft Bedarf in Spitzenbelastungszeiten

• **KUBA** verfügt gegenwärtig über eine Kapazität der Stromerzeugung von 3.500 MWh, womit der Landesbedarf in Spitzenbelastungszeiten befriedigt wird. Innerhalb von drei Jahren schuf das Land ein Potenzial für die Energieproduktion von 1.600 MWh, und zwar durch die Installierung von mit dem Netz synchronisierten Gruppen von Stromaggregaten, deren Motoren auf der Grundlage von Diesel und Heizöl arbeiten.

Wie der kubanische Vizepräsident, Carlos Lage, informierte, besteht die Strategie der Insel darin, weitere 1.700 MWh ausgehend von der Nutzung von Heizöl-Generatoren zu produzieren, weil dies kostengünstig ist.

Die weiteren Anstrengungen müßten darauf gerichtet werden, eine höhere Effizienz in der Produktion und im Stromverteilungssystem des Landes zu erreichen sowie Kraftstoff zu sparen, was mit einer effektiven Kontrolle der

Ressourcen verbunden werden müsse, wie Lage präziserte, der in der Provinz Camagüey, etwa 700 Kilometer von Havana entfernt, an der Inbetriebnahme einer Gruppe von Heizöl-Stromaggregaten teilnahm, die 27,2 MWh ins Stromnetz einspeist.

Seit drei Jahren führt Kuba ein nationales Programm zur Wiederbelebung seines Elektrizitätsnetzes durch, das Energierevolution genannt wird und auf der Installierung synchronisierter

Stromaggregate basiert.

Gleichzeitig wurden Verbesserungen in den Übertragungs- und Verteilungssystemen vorgenommen und alte elektrische Haushaltsgeräte durch neue ersetzt, die weniger Strom verbrauchen. So wurden schon mehr als zwei Millionen Haushaltskühlschränke umgetauscht sowie eine große Anzahl Ventilatoren. Im Rahmen dieses landesweiten Programms wurden ebenfalls drei Millionen Elektrokoher verteilt. •

ZUM 16. MAL IN FOLGE

# Die Welt lehnt den Wirtschaftskrieg gegen Kuba ab

• VEREINTE NATIONEN, 30. Oktober. Kuba errang einen überwältigenden Sieg in seinem anhaltenden Kampf gegen die von den Vereinigten Staaten aufgezogene Wirtschaftsblockade. Es erhielt die fast einstimmige Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bei seiner Forderung nach Beendigung dieser Völkermord-Politik.

In der Abstimmung einer Resolution zum Abschluß der Debatten auf der UN-Generalversammlung zum Thema der Kuba von den USA aufgezwungenen Blockade verlangten 184 der 192 Mitgliedsländer dieser Weltorganisation von Washington, diese Maßnahme einzustellen.

Für den kubanischen Außenminister, Felipe Pérez Roque, ist dies ein historischer Sieg, der einen besonderen Wert besitzt, denn er ereignete sich nur wenige Tage nachdem Präsident George W. Bush die internationale Gemeinschaft aufforderte, seine Blockadepolitik zu unterstützen.

Die Resolution, die 16 Jahre lang hinter-

einander angenommen wurde, betont die "Notwendigkeit der Beendigung der Kuba von den Vereinigten Staaten von Amerika aufgezwungenen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade".

Wie auch im vergangenen Jahr hatten die Vereinigten Staaten bei der Behandlung dieses Themas Israel, die Marshallinseln und Palau auf ihrer Seite, die ebenfalls dagegen stimmten, sowie Mikronesien, das sich der Stimme enthielt.

Im vergangenen Jahr erhielt die Resolution gegen diese Kuba von der US-Regierung auferlegte Zwangsmaßnahme 183 Stimmen, was im Vergleich zu den Vorjahren schon einen Rekord darstellte.

Mehr als 20 Länder und Vertreter von Organisationen in der UNO, darunter die Bewegung der Blockfreien, G-77, CARICOM und MERCOSUR, meldeten sich in den Debatten zu Wort, um ihre Position gegen die Blockade auszudrücken. (PL) •

Jahr,	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>DAFÜR</b>	59	88	101	117	137	143	157	155	167	167	173	179	179	182	183	184
<b>DAGEGEN</b>	3	4	2	3	3	3	2	2	3	3	3	3	4	4	4	4
<b>ABWESEND</b>	46	35	33	27	20	22	14	23	15	16	11	7	7	4	4	3
<b>ENTHALTUNGEN</b>	71	57	48	38	25	17	12	8	4	3	4	2	1	1	1	1

## Ergebnisse der Abstimmung über die der UN-Generalversammlung präsentierte Resolution gegen die Blockade

I- Resolution A/RES/62/L.1 "Notwendigkeit der Beendigung der Kuba von den Vereinigten Staaten von Amerika auferlegten Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade", angenommen in der Vormittags-session, am 30. Oktober 2007.

**Neue Stimmen für Kuba im Vergleich zum Vorjahr: 2**  
Nicaragua, Elfenbeinküste

**Verlust an Stimmen für Kuba im Vergleich zum Vorjahr: 1**  
anien

**Neue Stimmen gegen Kuba im Vergleich zum Vorjahr: keine**

**Abwesende Länder: 3**  
El Salvador, Irak, Albanien

**Länder, die sich der Stimme enthielten: 1**  
Mikronesien

**Stimmen gegen die kubanische Resolution: 4**  
USA, Israel, Marshallinseln und Palau

**Länder, die für die kubanische Resolution stimmten (184)**

### NORDAFRIKA UND MITTLERER OSTEN (17)

Algerien, Saudi-Arabien, Bahrain, Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate, Iran, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Mauretanien, Marokko, Oman, Katar, Syrien, Tunesien und Jemen

### SUBSAHARA-AFRIKA (47)

Angola, Benin, Botsuana, Burkina Faso, Burundi, Kap Verde, Kamerun, Tschad, Elfenbeinküste, Komoren, Kongo, Dschibuti, Eritrea, Äthiopien, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Äquatorialguinea, Kenia, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauritius, Mosambik, Namibia, Niger, Nigeria, Ruanda, Zentralafrikanische Republik, Demokratische Republik Kongo, São Tomé und Príncipe, Senegal, Seychellen, Sierra Leone, Somalia, Südafrika, Sudan, Swasiland, Tansania, Togo, Uganda, Sambia und Simbabwe

### LATEINAMERIKA UND DIE KARIBIK (32)

Antigua und Barbuda, Argentinien, Bahamas, Barbados, Belize, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, Chile, Dominica, Ecuador, Grenada, Guatemala, Guyana, Honduras, Haiti, Jamaika, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Dominikanische Republik, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Trinidad und Tobago, Uruguay und Venezuela

### ASIEN UND OZEANIEN (34)

Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Brunei, Kambodscha, China, Fidschi, Philippinen, Salomonen, Indien, Indonesien, Japan, Kiribati, Laos, Malaysia, Malediven, Mongolei, Myanmar, Nauru, Nepal, Neuseeland, Pakistan, Papua-Neuguinea, Demokratische Volksrepublik Korea, Südkorea, Samoa, Singapur, Sri Lanka, Thailand, Ost-Timor, Tonga,

Tuvalu, Vanuatu und Vietnam

### WESTEUROPA UND ANDERE STAATEN (27)

Andorra, Australien, Österreich, Belgien, Kanada, Zypern, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, Norwegen, Niederlande, Portugal, Großbritannien, Deutschland, San Marino, Schweden, Schweiz und Türkei

### OSTEUROPA (27)

Armenien, Aserbaidschan, Weißrußland, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Estland, Georgien, Ungarn, Kasachstan, Kirgisien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Polen, Rumänien, Rußland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Serbien •

Gesamtergebnisse,	2007, %	2006, %		
<b>Zahl der Mitgliedsländer</b>	192	100	192	100
<b>Stimmen dafür</b>	184	95,8	183	95,3
<b>Gegenstimmen</b>	4	2,08	4	2,08
<b>Stimmenthaltungen</b>	1	0,5	1	0,5
<b>Abwesend</b>	3	1,6	4	2,1



### USA VERWEIGERN ÖKONOMEN EINREISEVISUM

• DIE US-Regierung verweigerte den Kubanern Roberto Verrier Castro und Esther Aguilera Morató, Präsident bzw. Vizepräsidentin der Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaftler und Buchhalter Kubas (ANEC), das Einreisevisum. Wie Granma berichtet, sollte Verrier Castro auf einer von der Universität von Puerto Rico organisierten Tagung einen Vortrag über Wirtschaft und Gesundheit in Kuba halten und am Kongreß der Ökonomen dieser Insel teilnehmen. Aguilera Morató dagegen war vom Sozioökonomischen Rat der UNO eingeladen, an einer Versammlung auf hoher Ebene über Entwicklungsfinanzierung teilzunehmen.

### ECUADORIANISCHE INDIGENAS FORDERN FREIHEIT FÜR DIE FÜNF

• DIE Konföderation der Völker der Nationalität Kichwa von Ecuador (ECUARUNARI) forderte in einem von ihrem Vorsitzenden, Humberto Cholango, unterzeichneten Brief, der in Quito verbreitet wurde, die Freiheit der fünf Kubaner, die zu Unrecht Gefängnisstrafen in den USA verbüßen, weil sie gegen den Terrorismus gekämpft haben.

### VIETNAM SPENDET 3.000 TONNEN REIS

• NONG Duc Manh, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams, ließ Kuba eine Spende von 3.000 Tonnen Reis zukommen, die am 26. Oktober im Hafenterminal Hai Phong von Fernando Remírez de Estenoz, Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees und Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen des Sekretariats, in Empfang genommen wurde. Wie Vu Chi Cong, der Botschafter dieses Landes in Havanna, zum Ausdruck brachte, ist die Spende das Ergebnis des Besuches von Duc Manh im Juni dieses Jahres auf der Insel, wo er sein Interesse geäußert hatte, auf-

grund der Blockade und anderer von den USA veranlaßten Einschränkungen die Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen.

### NICARAGUA EHRT DEN ORTHOPÄDEN RODRIGO ÁLVAREZ CAMBRAS

• DER kubanische Arzt, Professor Rodrigo Alvarez Cambras, Direktor des Internationalen Wissenschaftlichen Orthopädiekomplexes Frank País, in Havanna, wurde mit dem Verdienstorden Erster Klasse für Militärische Gesundheit, der höchsten Auszeichnung in Nicaragua, geehrt. Die Medaille verlieh ihm Moisés Omar Jalesievens Acevedo, Oberkommandierender der Armee und Armeegeneral dieses zentralamerikanischen Landes. Während seines Aufenthaltes in Nicaragua erklärte der Bürgermeister von Managua, Dionisio Marengo, Prof. Álvarez Cambras zum Ehrengast dieser Stadt. Der Gast traf auch mit der Ministerin für Gesundheit, Maritza Cuan Machado, zusammen.

### VERTRÄGE ÜBER ZUSAMMENARBEIT MIT DER UKRAINE

• MEHRERE Vereinbarungen über Zusammen-

arbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik, Verkehr und Tourismus u. a. wurden in Kiew von Ricardo Guerrero Blanco, dem kubanischen Vizeminister für Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit, und Yuri Gaidiev, dem ukrainischen Minister für Gesundheit, am Ende der 9. Sitzung der Gemischten Regierungskommission unterzeichnet, berichtete PL.

### EHRUNG FÜR CARLOS MANUEL DE CESPEDES

• DES 139. Jahrestages des Beginns unserer Unabhängigkeitskämpfe wurde auf dem Platz vor dem Denkmal in der Altstadt gedacht, das das Beispiel von Carlos Manuel de Céspedes, des Vaters des Vaterlandes, Initiator der heldenhaften Geste, verewigt. Auf der Gedenkfeier, der der Revolutionskommandant Juan Almeida Bosque, Mitglied des Politbüros, beiwohnte, sprach der Historiker der Stadt Havanna, Eusebio Leal, über den Mut von Céspedes und jener, die sich am 10. Oktober 1868 in anderen Gegenden des Landes erhoben, von ihrer Unduldsamkeit und auch von den Fehlern, die zur ersten Niederlage führten. •

# UN-Berichterstatter bezeichnet die US-Blockade als "unilaterale Arroganz"

• KUBA steht an der Spitze des Kampfes für das Recht auf Ernährung, weil es dieses Recht in der Situation einer totalen Blockade verwirklicht, stellte der Sonderberichterstatter der Organisation der Vereinten Nationen (UNO), Jean Ziegler, am Ende seines zehntägigen Besuchs auf der Insel heraus.

"Kein anderes Land arbeitet unter diesen Bedingungen, um seine Unabhängigkeit und seine Souveränität zu festigen", unterstrich der Vertreter, der von der kubanischen Regierung eingeladen worden war, eine Rundreise durch das Land zu unternehmen.

"Die Blockade stellt eine unilaterale Arroganz der Vereinigten Staaten dar", kommentierte dieser geachtete Schweizer Intellektuelle. Als er vor einiger Zeit die Absicht zum Ausdruck brachte, die Blockade gegen Kuba direkt in den Vereinigten Staaten zu untersuchen, werte sich die Regierung in Washington, ihn zu empfangen.

Ziegler ist 73 Jahre alt und hat sich sein ganzes Leben lang der Aufdeckung von Ungerechtigkeiten gewidmet.

"Ich lebte im Kongo und sah Kinder Hungers sterben, so, wie ich andere Kinder, Neunjährige, in Bangladesch Seidenteppeiche von Hand weben sah, mit so feinen Fäden, daß sie mit 14 Jahren erblindeten, und ich beobachtete, wie diese Teppiche dann in London versteigert wurden", berichtete er in einem Interview mit der Webseite Solidarität.

Er wurde 1934 in Genf (Schweiz) als Sohn eines Richters geboren. Als Professor für Recht, in Genf und an der Sorbonne in Paris, war er zudem acht Jahre lang Abgeordneter der Konföderation Helvetica.

Er hatte das Privileg, in *Les Temps Modernes* von Jean Paul Sartre und Simone de Beauvoir zu schreiben.

Er ist Autor zahlreicher Bücher, darunter von *Die Schweiz wäscht weißer* (1990), über die skandalöse Wäsche des Drogendollar in den Banken dieses Landes.

Seine Untersuchung *Das Nazigold* deckt auf, wie die



Jean Ziegler und Außenminister Felipe Pérez Roque

Banker seines Landes verantwortlich für die Verlängerung des Zweiten Weltkrieges sind, weil sie das Gold Hit-

lers, das er aus den besetzten Ländern raubte, wuschen.

1998 unterstützte Ziegler die Reklamationen der Opfer des Nazismus an die Schweizer Banken vor der Bankkommission des US-Senats in Washington, was die Banker in Wut versetzte, die ihn mit Klagen zu ruinieren versuchten.

- Entschlossen hat Ziegler seine Mission zur Verteidigung der Ärmsten gegen jene fortgesetzt, die er "die neuen Herren der Welt" nennt.

In dem erwähnten Interview sagte er: "Im April 2002, nicht ganz acht Monate nach dem 11.9., hat sich die Gruppe Carlyle in einem großen Genfer Hotel getroffen. Die Gruppe Carlyle hat sich auf schwere Waffen spezialisiert, sie kontrolliert zwei Drittel der Lockheed Martin und General Dynamics, und Leute wie James Baker, Frank Carlucci und andere des konservativen US-Establishment haben von Carlyle saftige Provisionen kassiert. Zu den großen Herren der Gruppe zählt George Bush, der Vater des Präsidenten, der gemeinsam mit den Prinzen der saudiarabischen Königsfamilie und den mächtigen Schweizer Bankern an diesem Treffen teilnahm."

"Plötzlich entstand eine große Aufregung, denn im letzten Augenblick erschien ein Gast, der ungeniert seine Beglaubigungspapiere vorzeigte. Die Sicherheitsagenten riefen die Polizei und schlugen Alarm, weil sie auf Bin Laden, Yeslam ausgestellt waren. Es war der Stiefbruder von Osama, der ebenfalls sein Kapital bei der Gruppe Carlyle hat, wie auch Osama selbst." Dann fügte er an: "Diese Vorstandsmitglieder, wie damals die von Enron, besitzen mehr Macht und persönlichen Reichtum als jeder König hat bzw. jemals gehabt hat. Diese Macht stützt sich auf eine neue Weltordnung, die täglich 100.000 Menschen verhungern läßt."

Nach Zieglers Meinung erleben wir den Bruch der Zeit, der Geschichte. "Das globalisierende Kapital stellt jetzt alle Errungenschaften der Aufklärung in Frage. Alle Werte unserer Zivilisation werden von dem bewaffneten Neoliberalismus negiert." (Jean Guy Allard) •

## Der türkische Premier empfing die Delegation der Kommunistischen Partei Kubas

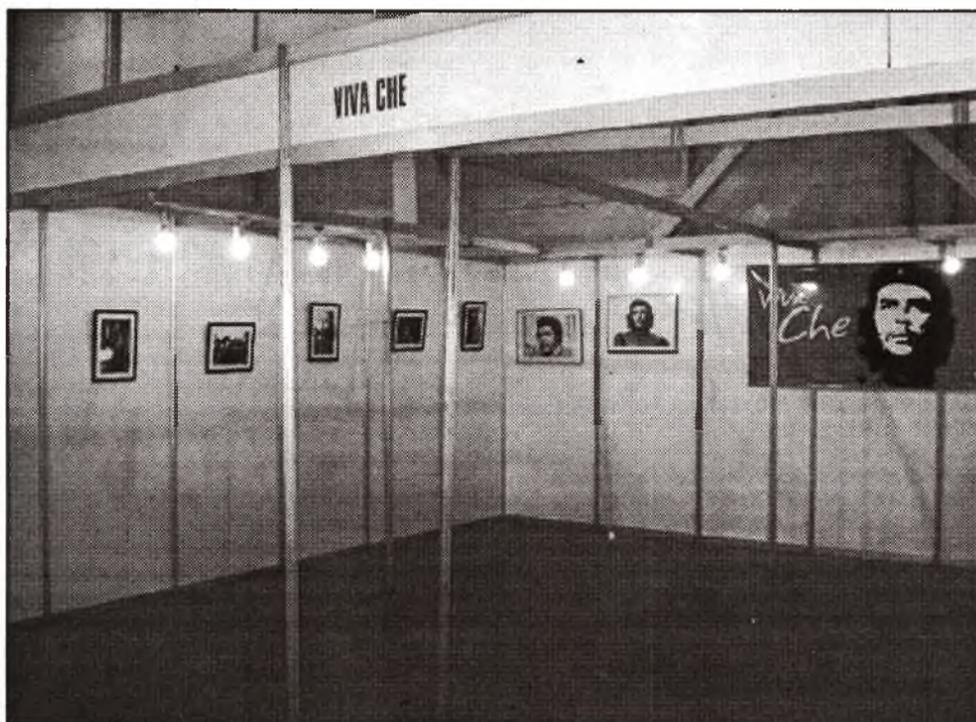
• DER Premierminister der Türkei und Vorsitzende der Partei AKP, Recep Tayyip Erdogan, empfing das Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) und Leiter von dessen Abteilung für Internationale Beziehungen, Fernando Ramirez de Estenoz, sowie die ihn bei einem Besuch in Ankara begleitende Delegation.

Wie aus der kubanischen Botschaft in diesem Land berichtet wird, empfing der Premier, nachdem er in einer bewegten Ansprache im Sitz des Parlaments die komplizierte Lage, mit der das Land an der Grenze zum Irak konfrontiert ist, erklärt hatte, die Delegation der PCC und führte mit ihr Gespräche über Angelegenheiten gemeinsamen Interesses in den Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Bei dem Treffen bat der türkische Premier, Präsident Fidel Castro seine Grüße und besten Wünsche für eine baldige Genesung zu übermitteln und erinnerte an dessen Besuch in Istanbul anlässlich der Internationalen Konferenz Habitat 1996.

Die Delegation der PCC sprach dem türkischen Staatschef ihre Anerkennung für die Unterstützung seiner Regierung der UN-Resolution zur Verurteilung der Blockade, die zunehmende bilaterale Zusammenarbeit innerhalb der Vereinten Nationen und das Interesse, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Völkern auszuweiten.

In Ankara traf die Delegation außerdem mit dem Präsidenten des Parlaments, dem ersten Vizeaußenminister, dem Generalsekretär und der Leitung



Die Fotoausstellung Viva Che war auf der Internationalen Buchmesse in Istanbul zu sehen

der AKP zusammen.

KÖMMUNALER VERTRETER AUS HAVANNA BEENDET BESUCH IN ANKARA UND ISTANBUL

Nach einer knappen Woche intensiver Arbeit beendete Luis Abreu San Jorge, Vi-

zepräsident der Provinzregierung von Havanna-Stadt, seinen Besuch in der Türkei. Er nahm auf Einladung der Architektenkammer in Ankara an einer Konferenz über Regierbarkeit und soziale Problematik teil, auf der er einen Vortrag über die Arbeit der Lokalregierungen in Kuba, die Wahlen und das demokratische System

auf der Insel hielt.

In Istanbul wurden später zwei weitere Vorträge an der Universität Yidiz gehalten, die beide von dieser Lehrereinrichtung und der Freundschaftsgesellschaft mit Kuba "José Martí" organisiert worden waren und der sozialistischen Demokratie in Kuba gewidmet waren.

Abreu traf bei seinem Besuch auch zu offiziellen Gesprächen mit Kadir Ramazan Coskun, dem Generalsekretär der Stadtverwaltung von Ankara, der Patenstadt von Havanna seit 1996, zusammen, sowie mit Muzaffer Eryilmaz, dem Bürgermeister des Stadtbezirks Cankaya, dem wichtigsten von Ankara, dessen Patenbezirk in Havanna Playa ist.

In der Großstadt Istanbul führte er Gespräche mit dem stellvertretenden Bürgermeister der Stadt, Ahmet Selamet, und mit Inci Bepinar, der stellvertretenden Bürgermeisterin des Stadtbezirks Kadikoy.

Bisher haben vier Delegationen, insgesamt mehr als 30 Vertreter unterschiedlicher türkischer Kommunalregierungen ihre Anwesenheit an dem Solidaritätstreffen der Stadträte mit Havanna bestätigt, das jetzt zum neuen Geburtstag der kubanischen Hauptstadt veranstaltet wird.

KUBA AUF DER BUCHMESSE IN ISTANBUL

Die 26. Internationale Buchmesse von Istanbul hatte wieder eine bedeutende kubanische Beteiligung zu verzeichnen. Der traditionelle Kubastand, der seit drei Jahren Bücher, Broschüren sowie politisches, kulturelles und touristisches Schriftmaterial verteilt, stellte bei dieser Gelegenheit eine Fotoausstellung unter dem Titel Viva Che vor, die dem heldenhaften Guerilla zu seinem 40. Todestag gewidmet war und Aufnahmen so berühmter Fotografen wie Liborio Noval und Alberto Korda zeigte. •

## BEI ANDEREN GELESEN

# Von Kuba kann nicht verlangt werden, was man nicht auch von anderen verlangt

• **Lothar Mark, sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, beschreibt *Juventud Rebelde* seinen Eindruck über unser Land und die aktuelle Lage in der BRD**

**LUIS LUQUE ALVAREZ**  
– *Juventud Rebelde*

• FÜR den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Lothar Mark ist die US-Blockade gegen Kuba ein Thema, "mit dem ich mich schon lange auseinandersetze." Und die Gesetze Torricelli und Helms-Burton, die diese feindselige Praxis unterstützen, sind ganz klar "Verletzungen des internationalen Handelsrechts".

Mark, Lateinamerikabeauftragter der SPD-Fraktion im Bundestag, besuchte die Insel auf Einladung der Nationalversammlung vom 2. bis 5. November.

"Ich bin beeindruckt von dem Klima der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Außerdem besuchte ich das Ophthalmologische Institut Ramón Pando Ferrer und konnte mich von dem hohen wissenschaftlichen Niveau überzeugen, das in diesem Bereich der Medizin erreicht wurde."

"Es ist gut zu wissen, wie vielen Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt das Augenlicht wieder zurückgegeben werden konnte. Trotz der für Kuba durch die US-Blockade entstandenen Lage sind dennoch Mittel und Bereitschaft vorhanden, anderen Ländern zu helfen."

- Ich weiß, daß Sie eine sehr kritische Haltung zur jüngsten Rede von Präsident Bush gegen unser Land haben...

- Richtig. Ich gehöre zu der Gruppe, die diese Haltung des Präsidenten Bush zu Kuba persönlich und politisch verurteilt. Ich glaube, daß dies nicht das richtige Verhalten einer Weltmacht gegenüber einem anderen Land ist.

- Sie haben auch Noten an die US-Regierung gesandt, um für die fünf in den USA gefangenen Antiterroristen Gerechtigkeit zu fordern.

- Als Abgeordneter benutze ich den parlamentarischen Weg. Ich schrieb Kollegen im US-Kongreß, habe aber leider keine Reaktion von ihnen erhalten. Hätten sie eine Bitte an mich herangetragen, hätte ich ihnen geantwortet. Ich bat sie ja nicht darum, meine Meinung zu teilen, aber zumindest hätten sie mir antworten können. Das wäre ein Zeichen dafür gewesen, daß sie Parlamentarier anderer Länder ernst nehmen und achten.



**Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Lothar Mark**

- Ein Hindernis in den normalen Beziehungen zwischen Kuba und der Europäischen Union ist die Gemeinsame Haltung, die dieser Block 1996 angenommen hat. Was können Sie mir zu diesem Mechanismus sagen?

- Ich habe darum gekämpft, ihn abzuschaffen. Ich sage aber trotzdem, daß im ersten Halbjahr 2007, als Deutschland dem Rat der EU vorsaß, dieser versuchte, die Sanktionen von 2003 zu annullieren (sie sind vorübergehend aufgehoben). In dieser Zeitspanne hat Kuba auch sehen können, daß Deutschland eine offener Haltung angenommen hat und die deutsche Regierung hat gespürt, daß Kuba für nachhaltige bilaterale Beziehungen eintritt.

Meine Stellung ist sehr klar: Wir können von Ländern, die sich in einer schwächeren Lage befinden, keine Politik verlangen, die wir von anderen nicht verlangen. Gingen wir für unsere Außenbeziehungen vom Standpunkt der Gemeinsamen Haltung aus, dann hätten wir zu vielen Staaten keine, da sie nicht die Bedingungen erfüllen, die von Kuba verlangt werden.

- Wie könnte die SPD die Formulierung einer positiveren Politik gegenüber der Insel beeinflussen?

- Im Augenblick können wir bei der Suche nach Änderungen in der Politik nicht sehr aggressiv sein, denn wir würden auf den Widerstand der Konservativen in der Regierungskoalition stoßen. Aber ich kann behaupten, daß in Deutschland die allgemeine Tendenz des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten von seinem Minister (Frank Walter Steinmeier, von der SPD) bestimmt wird, der dafür ist, daß sich die Beziehungen verbessern.

- Reden wir nun von Deutschland. Nachdem die frühere SPD-Regierung begonnen hatte, die Agenda 2010 umzusetzen, wie sieht es nun nach zwei Jahren der Großen Koalition mit den Konservativen um die politische und soziale Lage aus?

- Auf dem SPD-Parteitag in Hamburg (im Oktober) wurden einige Punkte der Agenda 2010 berichtigt. Die sozialdemokratischen Wähler hatten ihre Hoffnung in dieses Sozialprogramm verloren und es mußte eine Antwort für sie gefunden werden. Das wurde auf dem Parteitag zum Beispiel in Hinsicht auf die Arbeitslosen mit dem Vorschlag getan, die Zahlung des Arbeitslosengeldes zu verlängern.

Mit der Agenda 2010 haben wir eine große Anzahl von Wählern verloren, aber viele haben begriffen, daß ein Teil dieser Maßnahmen in den letzten Jahren ein stabiles Wirtschaftswachstum angeregt hat. So haben wir festgestellt, daß wir besonders aus jungen Kreisen neue Mitglieder gewonnen haben. Sie haben erkannt, daß der Einfluß der Globalisierung über die Möglichkeiten der Sozialdemokratie hinausgeht. Eine Tatsache, die von unserer Partei nicht geleugnet werden kann.

- War denn die Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre nicht zu vermeiden?

- In dieser Angelegenheit bin ich sehr froh, dagegen gewesen zu sein. Wenn auch eine Veränderung in der demographischen Situation eingetreten ist (im Zusammenhang mit dem Altern der Bevölkerung und dem Arbeitskräftemangel).

- Hilft die Einwanderung nicht, das abzuändern?

- Nun gut, Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die Grenze ist offen. Aber jene, die kommen, sind gezwungen, unsere Gewohnheiten und unsere Gesetze zu achten.

- Kann behauptet werden, Kanzlerin Angela Merkel hat das gleiche getan, was der frühere SPD-Kanzler, Gerhard Schröder, getan hat?

- In Bezug auf die meisten Aspekte, ja.

- Könnte die Linkswende, die die SPD in Hamburg erlebt hat, nicht einen Bruch der Großen Koalition bedeuten?

- Nein. Ich schätze ein, sie wird, wie vorausgesehen, bis zum Jahr 2009 halten. Die Wähler wünschen, daß die Gewählten ganze Arbeit leisten. Wir haben eine Verantwortung übernommen und sind ihr verpflichtet.

Ich möchte hinzufügen, daß die Große Koalition nicht mein Wunsch war, aber sie ist nun einmal da und ich werde für ihren Bestand eintreten, auch wenn ich in vielen Fällen nicht mit ihren Entscheidungen einverstanden bin.

- Analytiker aus Deutschland meinen, die SPD habe wenig Möglichkeiten, 2009 die Wahlen zu gewinnen.

- Diesen Analysen schenke ich keinen Glauben. 2009 entscheiden die Wähler und nicht die Forscher.

- Könnte mit der neuen Projektion der SPD eine Allianz mit der Partei Die Linke von Oskar Lafontaine entstehen?

- Auf keinen Fall. Die SPD wird mit Lafontaine keine Koalition eingehen. •

## Danielle Mitterrand im Víctor-Hugo-Haus

• **Die Präsidentin von France Libertés eröffnet die Veranstaltungen der französischen Vereinigung Cuba-Coopération 2007**

• DAS Víctor Hugo-Haus in Havanna war der ideale Schauplatz für die Eröffnung der Jahresveranstaltung der Vereinigung Cuba-Coopération, an der ihr Präsident, Roger Grevoul; der Stadthistoriker Eusebio Leal und die Präsidentin von France Libertés, Danielle Mitterrand, teilnahmen.

Die über 50 Mitglieder der französischen Delegation, die in die kubanische Hauptstadt gereist war, in Kuba akkreditierte Diplomaten und zahlreiche kubanische Freunde feierten aufs herzlichste die Anwesenheit von Danielle Mitterrand. Sie besichtigte das Haus, ein Gebäude aus dem 18. Jahrhundert, das in einer gemeinsamen Anstrengung des Büros des Stadthistorikers und der Vereinigung Cuba-Coopération restauriert wurde.

In einem der Säle der Einrichtung, die den Namen des berühmten französischen Schriftstellers, Autor des monumentalen Werks *Die Elenden*, trägt, wandte sich Danielle Mitterrand an die Zuhörer und sagte, daß sie sich wie zu Hause fühle.



**Danielle Mitterrand während der Besichtigung des Víctor Hugo-Hauses, ein aus dem 18. Jahrhundert stammendes Gebäude, das in einer gemeinsamen Anstrengung vom Amt des Stadthistorikers und der Vereinigung Cuba-Coopération restauriert wurde. Roger Grevoul (links), Eusebio Leal (rechts)**

Sie erklärte, daß sie dieses Mal nach Kuba gekommen sei, um am 15. Solidaritätstreffen der Stadträte mit Havanna teilzunehmen, um die

Fortschritte im französisch-kubanischen Projekt zu sehen, das in Cienfuegos durchgeführt wird, und den Vortrag Die Notwendigkeit der Erhal-

tung des Wassers zu halten.

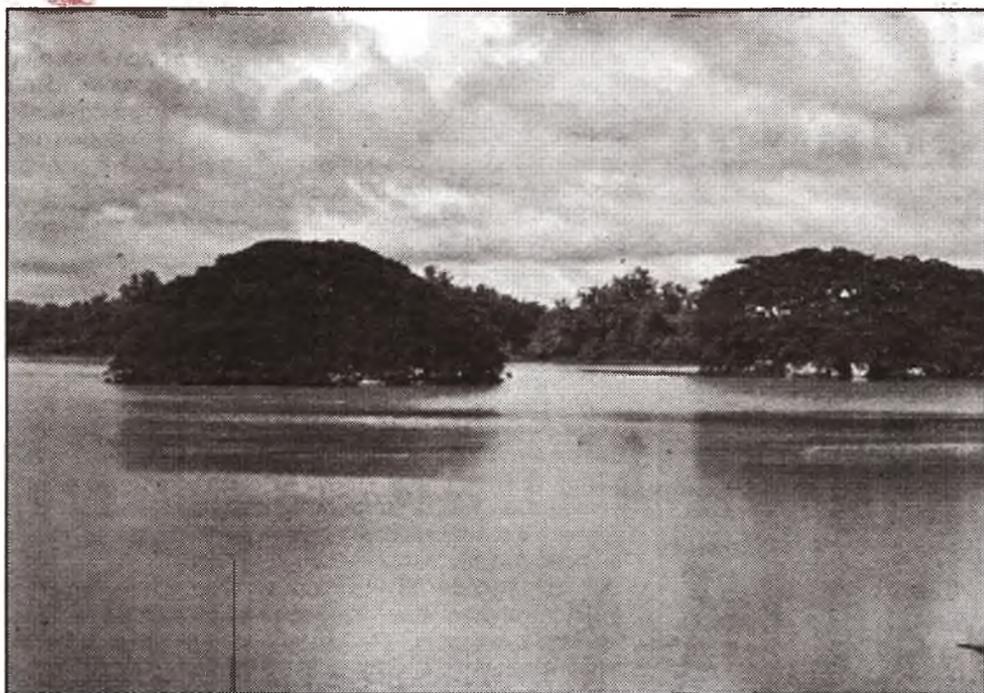
Danielle Mitterrand stellte die Erstaussgabe ihres Buchs *Le livre de ma mémoire* vor, das auch in Paris veröffentlicht werden wird. "Ich bin unzählige Male nach Havanna gekommen und habe im Herzen immer den Wunsch, wiederzukommen."

Grevoul sprach über die Solidaritätsleistungen der Vereinigung, speziell bei der Restaurierung des Víctor Hugo-Hauses und in Cienfuegos, der einzigen Stadt des 19. Jahrhunderts in Kuba und Lateinamerika, die von den Franzosen unter spanischer Herrschaft gegründet wurde.

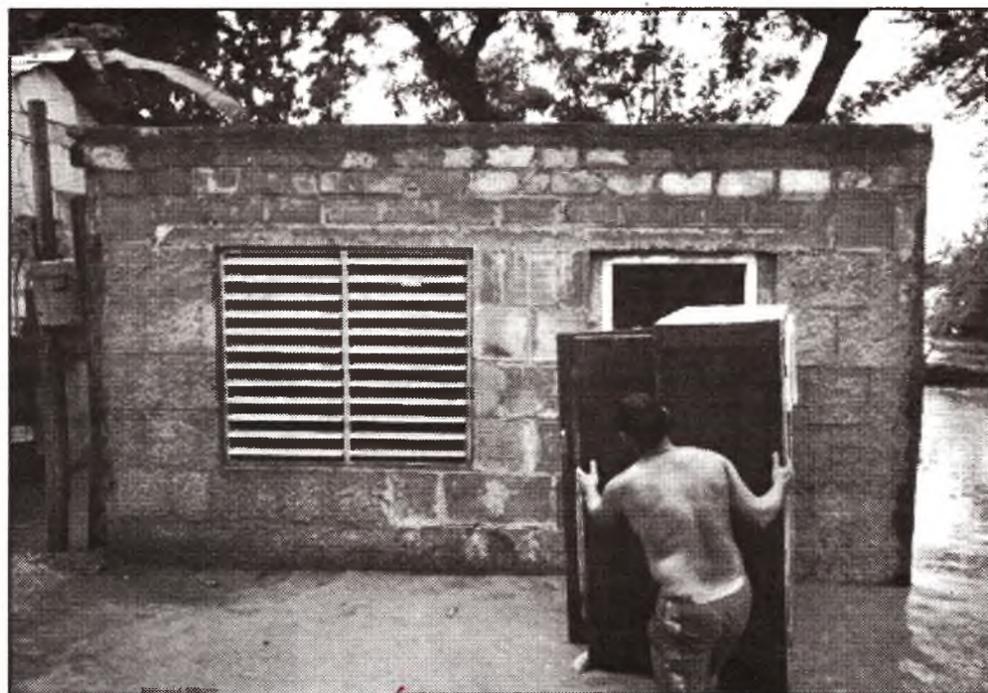
"Das Programm in dieser Stadt im südlichen Mittelkuba wird von unserer Vereinigung in Zusammenarbeit mit dem UNDP (UN-Entwicklungsprogramm) und dem kubanischen Ministerium für Ausländische Investition und Wirtschaftliche Zusammenarbeit durchgeführt."

Es sei, so Grevoul, im wesentlichen eine Ergänzung von all dem, was der kubanische Staat und die örtlichen Institutionen durchführen. "Es sind Projekte, die beitragen, das Leben der Bevölkerung zu verbessern, in Aspekten wie der Wasser- und Stromversorgung, Umweltfragen, der Kultur, des Gesundheits- und Bildungswesens, der Landwirtschaft."

Zum Abschluß dankte der Stadthistoriker Danielle Mitterrand, die er als "eine der größten Frauen Frankreichs aller Zeiten" bezeichnete, für den Besuch und das absolvierte Programm. (Mireya Castañeda) •



Es gab nie dagewesene Überschwemmungen im ausgedehntesten Tiefland Kubas, die im Kreis Río Cauto der Ostprovinz Granma am schlimmsten auftraten



In Bayamo wurden 3.000 Wohnungen beschädigt



Río Cauto, der am meisten betroffene Gemeindebezirk



In Holguín stürzten mehr als 130 Wohnungen völlig ein

## NOEL VERURSACHTE GROSSE ÜBERSCHWEMMUNGEN IN DEN OSTPROVINZEN

# Tausende Evakuierte und unberechenbare Schäden an Straßen, Wohnungen und in der Landwirtschaft

• Die größten Beeinträchtigungen werden aus der Provinz Granma gemeldet, wo 62 Gemeinden von der Außenwelt abgeschlossen waren und etwa 7.000 Wohnungen unter Wasser standen • Dank der Anstrengungen der Behörden sind keine Menschenleben zu beklagen

• ETWA 60.000 Menschen blieben bis zum jetzigen Zeitpunkt (8.11.) in der Ostregion Kubas evakuiert, wo die starken Regenfälle des Tropensturms Noel beträchtliche Schäden an Wohnungen, Straßen und in der Landwirtschaft hinterlassen haben.

Die größten Beeinträchtigungen werden aus den Ostprovinzen Granma – mit der kritischsten Situation –, Santiago de Cuba, Guantánamo, Las Tunas und Holguín gemeldet. Aber auch Provinzen Mittelkubas wie Camagüey, Ciego de Avila, Las Villas und Cienfuegos und der im Westen gelegene Ort Mariel in der Provinz La Habana wurden von dem Unwetter geschädigt.

Präsident Fidel Castro verfolge die Situation, sei auf dem Laufenden über die Informationen und die getroffenen Maßnahmen zur Behebung der Auswirkungen, die Noel hinterlassen hat, sagte der Sekretär des Exekutivkomitees des Ministerrats, Carlos Lage, bei Beendigung einer Besichtigung der Provinz Santiago de Cuba, die zur Bewertung der Schäden in diesem Gebiet diente.

In der Provinz Granma gab es laut Schätzungen des Verteidigungsrats der Provinz über 40.000 Evakuierte, die Hälfte davon im Kreis Río Cauto. 62 Gemeinden waren von der Außenwelt abgeschnitten, und etwa 7.000 Wohnungen standen unter Wasser.

Die am meisten betroffene Gemeinde, Río Cauto, ist auf dem Landwege vollkom-

men abgeschnitten, da etwa drei Kilometer der Landstraße von dem über die Ufer getretenen, größten Fluß der Insel überschwemmt sind, nach dem auch der Ort benannt ist. Auch die Flüsse Salado und Naranjo sind aufgrund des in diesem Ausmaß noch nie dagewesenen Überlaufs des Stausees Cauto el Paso, der für 330 Millionen Kubikmeter Wasser vorgesehen ist, über die Ufer getreten.

Millionenschäden sind auch im Straßennetz, bei den landwirtschaftlichen Kulturen und in anderen Bereichen zu verzeichnen.

Anwohner versichern, daß es eine Situation in diesem Umfang seit 1963 nicht gegeben habe, als der Hurrikan Flora die größte Katastrophe der Region verursachte, einschließlich Tausender Tote im Tiefland (Cauto, dem größten des Landes).

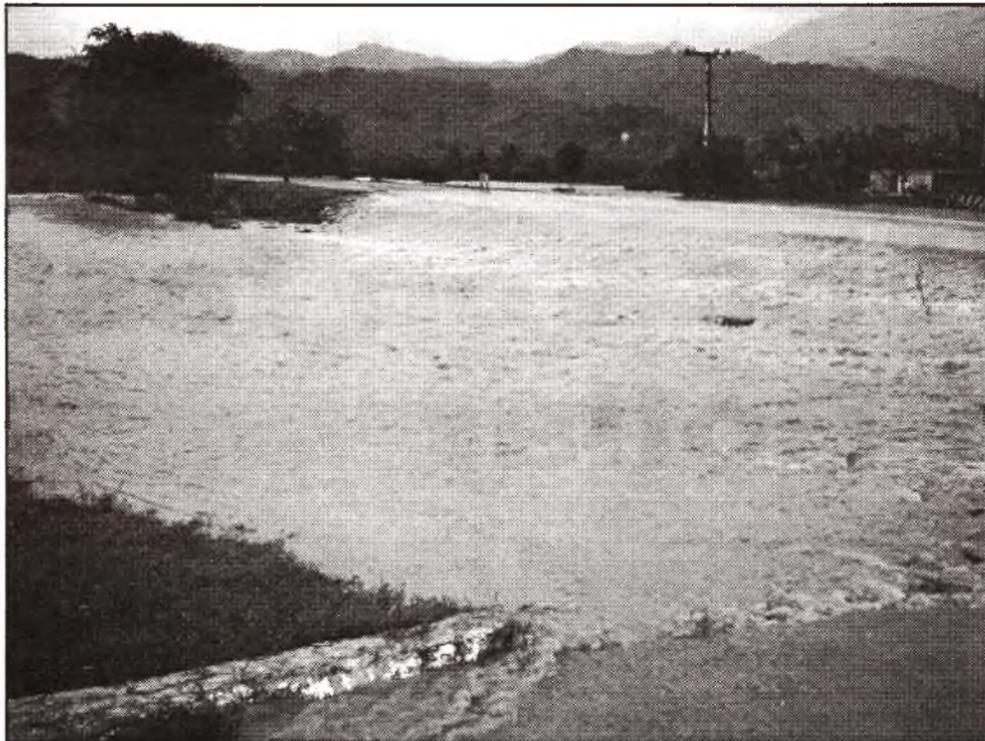
Für den Präsidenten des Verteidigungsrats der Provinz, Lázaro Expósito, verhinderten das effektive kubanische Zivilverteidigungssystem und die von der Revolution in der Provinz gebauten Stauseen ein Unglück wie das von 1963.

Expósito informierte aber, daß weiterhin Gefahr bestehe, da die Niederschläge anhalten, die Stauseen voll sind und große Abflüsse aus den Bergen kommen.

### 20.000 BESCHÄDIGTE WOHNUNGEN IN SANTIAGO

Lage hob auf seiner Rundfahrt durch Santiago hervor, daß dank des Vorgehens der Behörden kein Menschenleben zu beklagen sei, und bestätigte, daß in der Provinz 20.000 beschädigte Wohnungen, davon etwa 1.000 total eingestürzte, gemeldet werden. Außerdem sei etwa 50% des Straßennetzes, vor allem in den Gebirgen, zerstört worden.

In der Landwirtschaft, wo schon ein Ver-



Eine völlig überschwemmte Straße im Kreis Guamá, in der Provinz Santiago de Cuba

lust von 89.000 Sammelbehältern (zu je 20 Litern) Kaffee vorliegt, wurde das Personal mobilisiert, um das Anwachsen dieser Zahl zu verhindern.

In seinem Gespräch mit dem Verteidigungsrat der Provinz erfuhr er, daß der Schienenverkehr wieder aufgenommen worden sei, und damit die Kraftstoff- und Lebensmittellieferungen aus der Raffinerie Hermanos Díaz bzw. dem Hafen Guiller-món Moncada in die anderen Ostprovinzen.

Auch die Wasserversorgung wurde für 250.000 Einwohner von Santiago wieder hergestellt. Weitere 125.000 erhalten sie stufenweise wieder, nachdem die schwer beschädigte Wasserleitung Nr. 3 repariert wurde.

Obwohl es in Santiago in Abständen weiter regnete, wurde an der Wiederherstellung des Stromnetzes gearbeitet sowie daran, den Ausfall von etwa 1.200 Telefonen zu beheben.

#### MEHR ALS 800 HÄUSER IN GUANTANAMO OHNE DACH

In der Provinz Guantánamo gibt es vorläufigen Berichten nach 2.173 beschädigte Wohnungen, davon sind 865 vollkommen abgedeckt und 112 eingestürzt. Dazu kommen Verluste beim Zuckerrohranbau und in anderen Landwirtschaftsbereichen, 486 Unterbrechungen im Stromnetz sowie die fehlende Schienenverkehrsverbindung mit dem Rest des Landes.

Fernando Navarro, Vizepräsident des Verteidigungsrats der Provinz, präzisierte, daß etwa 500 Kilometer Straßen in der Provinzhauptstadt und den Kreisen El Salvador, Maisí, Niceto Pérez und San Antonio del Sur beträchtliche Schäden aufweisen.

Die Gebirgsregionen La Escondita, Bayate, San Fernando und Bombí sind wegen des sintflutartigen Regens weiterhin von der Außenwelt abgeschlossen.

Wie der Verteidigungsrat der Provinz mitteilte, wurden über 7.000 Menschen evakuiert. Sie befinden sich entweder in öffentlichen Einrichtungen oder bei Verwandten bzw. Nachbarn. Die Zahl wird sich noch erhöhen, da die Niederschläge anhalten.

In Las Tunas und Holguín gab es große Schäden, wie Politbüromitglied José Ramón Machado Ventura und der Vizepräsident des Staatsrats und Minister für Wirtschaft und Planung, José Luis Rodríguez García, bestätigten, die diese Provinzen besuchten, um die Lage einzuschätzen.

Presseberichte zeigen auf, daß die Zuckerrohrpflanzungen Schäden erlitten, ebenso 22 Brücken, 187 Kilometer der Asphaltstraßen und über 2.000 Kilometer der Landstraßen, und das Salzwerk von Puerto Padre verzeichnet Verluste von

über 400.000 Peso.

Es wurde bekannt, daß die Beeinträchtigungen in der Landwirtschaft verhindern werden, den bei 157.000 Zentnern liegenden Bedarf der Provinz an Salat- und Gemüsepflanzen sowie Bohnen in den Monaten November und Dezember zu befriedigen.

Laut Einschätzungen von Machado Ventura haben diese Regenfälle die ernsthaften Probleme bei der Wartung der Stauseen gezeigt, sowie die des Landwirtschafts- und des Zuckerministeriums und die unzureichende Reinigung der Abfluß- und Straßengräben und anderer Wassergräben, deren Verstopfung die Schäden auf den Anpflanzungen, in den Gemeinden und sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen erhöht hat.

Das Politbüromitglied wiederholte, daß das Land alles mögliche tun wird, um zu helfen, in kürzester Zeit die dringendsten Probleme zu lösen, obwohl die Lösung nicht immer vom Geld abhängt, sondern auch von anderen Bedingungen, wie dem Vorhandensein von Geräten und Mitteln für die Durchführung der Arbeiten.

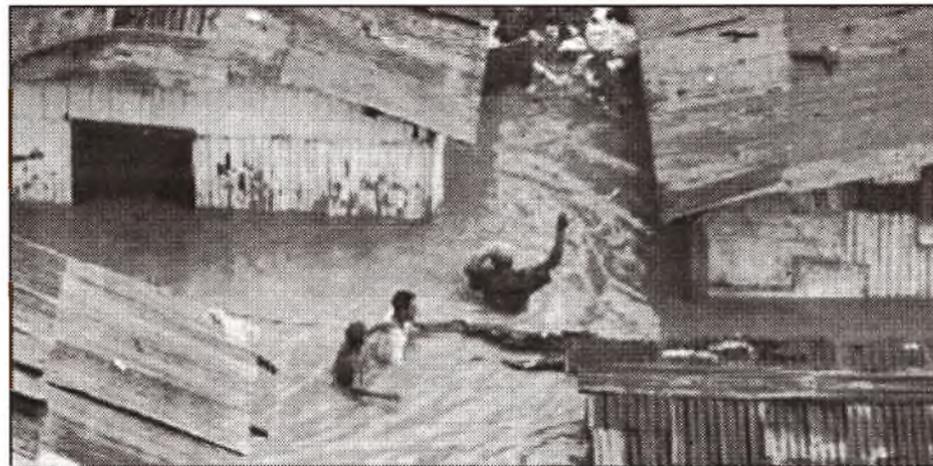
Machado Ventura bestand auf der Notwendigkeit, an jedem Ort die lokalen Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, die Zusammenarbeit unter den Organismen zu verstärken, die Bevölkerung gut zu informieren und zu orientieren und mit ihrer Beteiligung zu rechnen.

Aus Holguín informierte der Chef der Zivilverteidigung, Alberto Olivera, daß 735 Wohnungen Schäden erlitten (131 sind vollkommen eingestürzt). Über 11.000 Menschen wurden evakuiert, auch 26.000 Stück Vieh wurden in Sicherheit gebracht. 1.502 Abwassergruben liefen über, außerdem wurden 128 Verstopfungen des Kanalisationsnetzes gemeldet.

Tausende Hektar Anbaufläche wurden dem Erdboden gleichgemacht. Es betraf Salat- und Gemüsepflanzen, Bananen, Bohnen, Obst und Forstsetzlinge, auch ausgedehnte Zuckerrohrfelder wurden überschwemmt, und es gab 1.029 Störungen im Stromnetz.

Aus den mittelkubanischen Provinzen Camagüey, Ciego de Avila, Las Villas und Cienfuegos werden ebenfalls Schäden in der Landwirtschaft, an Wohnungen und Straßen gemeldet. In der Gemeinde Mariel, in der westlichen Provinz La Habana, kam es aufgrund der Niederschläge zu einer Auswaschung, die die Güter der Bewohner betraf. Die Bevölkerung wurde in Sicherheit gebracht, wie das kubanische Fernsehen berichtete.

Die Behörden des Landes, der Provinzen und der verschiedenen betroffenen Gemeinden führen die Arbeiten fort, um in erster Linie das Leben der Einwohner zu bewahren. •



Mindestens 100 Todesopfer wurden aus der Dominikanischen Republik gemeldet



Ein Mann auf einer Straße in Villa Hermosa im mexikanischen Bundesstaat Tabasco, eins der Gebiete des Landes, die von den Regenfällen am schlimmsten betroffen wurden

## Noel hinterließ fast 200 Tote in der Karibik

• SANTO DOMINGO (PL).- Die hier und in Haiti vom Wirbelsturm Noel hinterlassene Todesspur nähert sich der Zahl Zweihundert - vorläufigen Schätzungen nach, denn ständig tauchen neue Leichen auf.

Die Dominikanische Republik und Haiti teilen sich die Insel, die Christoph Kolumbus in seinem schwülstigen Spanisch Hispaniola taufte.

Die annähernde Gewißheit, daß die Zahl allein in der Dominikanischen Republik hundert übertrifft, begründet sich auf der großen Zahl der Vermißten, nämlich 48, die unverändert, noch am 5. November, in den Meldungen der Notstandskommission erschien.

Berichte aus dem benachbarten Haiti erwähnen 50 Todesopfer, dazu kommen die in Jamaika und den Bahamas.

Das einzige positive Signal am dominikanischen Horizont ist das von Präsident Leonel Fernández nach einer Messe für die Opfer angekündigte nationale Programm des Wiederaufbaus.

Die strukturellen Details und der Umfang der Ressourcen sind unbekannt, aber es umfaßt den Bau neuer Wohnungen in Gebieten, die weniger durch Überschwemmungen gefährdet sind.

Eine Woche nach dem zerstörerischen Durchzug des Wirbelsturms Noel sind weiterhin etwa 100 dominikanische Landgemeinden durch das Hochwasser von der Außenwelt abgeschlossen, was auch die Berechnung der Verluste erschwert, die riesig sind.

Tausende Wohnungen sind beschädigt, fast 800 davon zerstört, Zehntausende Menschen betroffen, zerstörte Brücken und Straßen sind Teil der tragischen Statistik.

Schätzungen von internationalen Experten sagen aus, daß die Dominikanische Republik zur vollständigen Wiederherstellung Jahrzehnte brauchen wird, eine Aufgabe, die wegen der Wirbelstürme, diesem jährlichen Fluch der Karibik, unmöglich erscheint.

Preiserhöhungen, Hilfeersuchen der Geschädigten, gewaltige Verwüstungen in der Landwirtschaft und der Infrastruktur bilden das Pan-

orama in den beiden Republiken, die durch die Geographie vereint sind, und jetzt auch durch die Tragödie.

#### VIER MEXIKANISCHE BUNDESSTAATEN VON REGENFÄLLEN UND ÜBERSCHWEMMUNGEN BETROFFEN

MEXIKO (PL).- Die starken Regenfälle und Überschwemmungen eines untypischen Herbstes verursachten ernsthafte Schäden in vier Bundesstaaten.

Obwohl sich das Wetter in Tabasco, dem Schauplatz der größten Katastrophe, besserte, beanspruchten die Hilfsaktionen für Tausende Geschädigte und die Probleme bei der Verteilung der noch unzureichenden Lebensmittel und anderer Artikel die Aufmerksamkeit der Behörden.

Die Wiederherstellungsarbeiten gehen langsam voran, während etwa 8.000 Armeeeinheiten und Polizeieinheiten ihre Hilfe für die Geschädigten mit der Bewahrung der öffentlichen Ordnung und dem Kampf gegen Plünderungen kombinieren.

Auswaschungen und Überflutungen von Flüssen im Bundesstaat Chiapas verursachen weiterhin Zerstörungen. In der nördlichen Region des Bundesstaates sind aufgrund der beschädigten Wege und Straßen neun Gemeinden von der Außenwelt abgeschlossen.

Aber die schlimmste Nachricht war die einer Auswaschung in Grijalva, die den lokalen Behörden nach 100 Häuser begrub und mindestens 30 Menschen tötete.

Im Bundesstaat Oaxaca wurde in 15 Gemeinden der Notstand ausgerufen. Sie sind gleichfalls von den Überschwemmungen der letzten Tage betroffen und melden beträchtliche Schäden an Wohnungen und Kulturen.

Im Bundesstaat Veracruz trat der Fluß Uzpanapa über seine Ufer, was die Isolierung von elf seiner Gemeinden zur Folge hatte. Mehr als 120 Wohnungen standen unter Wasser, und Hunderte Familien trugen Schäden davon. •

## ÜBERSCHWEMMUNGEN IM OSTEN KUBAS

# Ein Toter und materielle Verluste in Höhe von fast 500 Millionen Dollar

• Vorläufigen Angaben nach wurden mehr als 21.900 Wohnungen beschädigt, von denen 1.137 vollkommen eingestürzt sind  
• Straßenschäden auf etwa 13.000 Kilometern

• EIN Todesopfer und materielle Verluste in Höhe von 499 Millionen Dollar verursachten vorläufigen Angaben nach die starken Regenfälle und Überschwemmungen, die der Tropensturm Noel bei seinem Durchzug durch die Ostregion Kubas mit sich brachte. Laut einer am 8.11. veröffentlichten Meldung verunglückte Yusmani Tames González tödlich, als er versuchte, einen Hochwasser führenden Fluß in der Provinz Granma zu durchqueren.

Von den Gesamtverlusten fallen 305 Millionen auf die Land- und Forstwirtschaft, davon sind 91 Millionen Produktionsverluste auf den Feldern, während die Kosten für die Wiederbepflanzung 78 Millionen betragen.

Des weiteren belaufen sich die Verluste bei den 21.987 gemeldeten beschädigten Wohnungen, einschließlich 1.137 vollkommen eingestürzten, auf 128 Millionen Dollar.

Das Straßennetz wurde hart getroffen. Schätzungen nach sind 13.169 Kilometer Straßen und Wege beschädigt. Dazu kommen die Schäden an Schienenwegen, Abwasserkanälen und Brücken.

Diese Schäden, zusammen mit den Zerstörungen an den Strom- und Telefonleitungen, bedeuten Verluste von 33 Millionen Dollar, wie der Bericht anfügt.

Die Zahlen werden vervollständigt von den 20 Millionen Dollar an Verlusten durch Produktionsausfälle und Ausfälle bei den Dienstleistungen wegen präventiver Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung (9,9) und durch zusätzlichen Kraftstoffverbrauch in dieser Notsituation (1,2).

„Es wird notwendig sein, eine große Menge an Ressourcen aufzuwenden, um die landwirtschaftliche Produktion wieder in Gang zu bringen, die beschädigten Wohnungen wieder aufzubauen und das Straßennetz zu reparieren, das in diesem Teil des Landes ernsthaft betroffen ist“, wird im Bericht betont, nachdem auch darauf hinge-

wiesen wird, daß die Zahlen noch steigen können.

## DER WIEDERAUFBAU GEHT VORAN

Divisionsgeneral Ramón Pardo Guerra, Chef des Generalstabs der Zivilverteidigung, stellte während eines Besuchs der betroffenen Ostprovinzen die Fortschritte bei den Arbeiten des Wiederaufbaus nach dem Durchzug von Noel fest und schätzte die Teilnahme der Bevölkerung als positiv ein.

In der Provinz Santiago de Cuba besuchte er den Kreis Palma Soriano, wo die Ministerien für Verkehr und Bauwesen die Reparatur der Eisenbahnbrücke am Kilometer 827 der Zentralstrecke Priorität einräumen. In Las Tunas besichtigte er die Landstraße im Kreis Manatí, während er sich in der Provinz Granma mit den Führungskräften und den Geschädigten in den Orten Yara, Manzanillo, Bayamo und Río Cauto unterhielt, wo einige der schlimmsten Überschwemmungen gemeldet wurden.

## MONTAGE DER WASSERLEITUNG BEGINNT

In einem Bericht der Tageszeitung Granma wurde ebenfalls informiert, daß Fachkräfte des Nationalen Instituts für Wasserwirtschaft mit der Montage der neuen Wasserleitung von Santiago de Cuba begannen, um die Wasserversorgung zu verbessern, die angesichts der starken Regenfälle in Verbindung mit Noel beeinträchtigt war, die den Zustand der Leitungen verschlimmert und größere Havarien an den beiden wichtigsten Zuleitungen der vitalen Flüssigkeit zur Provinzhauptstadt verursacht hatten.

Der erste Teil dieser Leitung (1,2 km) wird im Dezember fertiggestellt werden, während die Beendigung des gesamten Projekts für das erste Quartal 2008 vorgesehen ist.

Zu Redaktionsschluß führte der Chef des Generalstabs der Zivilverteidigung die Besichtigung der Ostregion fort, jetzt in den Provinzen Guantánamo, Holguín und Camagüey.



In Holguín arbeiten Brigaden des Bauministeriums und Ingenieureinheiten der Revolutionären Streitkräfte an der Wiederherstellung der Straßenverbindung zwischen der Provinzhauptstadt und dem Bergbaukreis Moa

## DIE HAUPTAUFGABE: BEWAHRUNG VON MENSCHENLEBEN

Um jeden Preis das Leben der Bürger zu bewahren, war einmal mehr die wichtigste Aufgabe, von den ersten Regenfällen an, die Noel vorausgingen.

Die Leitung des Landes handelte sofort. Die Verteidigungsräte der Kreise und Provinzen wurden einberufen. Die Führungskräfte der Partei, die Regierungsorgane, der Kommunistische Jugendverband und die Massenorganisationen stellten sich vom ersten Moment an mit Hingabe und Opferbereitschaft der Aufgabe, dieser Situation entgegenzutreten, wie am 10. November in Granma veröffentlichter Artikel hervorhebt.

Die Organisation und das Zusammenwirken aller beteiligten Faktoren, das in den betroffenen Provinzen erreicht wurde, ermöglichten die Evakuierung, die präventive und

die im Prozeß der Verschlimmerung der Situation, Tausender Einwohner in den gefährdetsten und am schwersten zugänglichen Orten, die mit Hilfe von Angehörigen der Revolutionären Streitkräfte und unterstützt von hochwertiger Technik stattfand, wird hinzugefügt.

Der Text unterstreicht, daß der Wille vorhanden ist, den betroffenen Gebieten alle möglichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen; Prioritäten festzulegen und schnell und zweckmäßig zu handeln, ohne zu vergessen, nach lokalen Alternativen mit weniger kostspieligen Lösungen zu suchen.

Der Einsatz unserer Reserven werde nötig sein, sagten die Führungskräfte in all diesen betroffenen Orten.

Aufgrund des Ausmaßes der Beeinträchtigungen werde die Wiederherstellung ein langwieriger Prozeß sein und Intelligenz und Anstrengung erfordern. •

## BOLIVARIANISCHE ALTERNATIVE FÜR DIE AMERIKAS

# Die Gründung eines neuen Telekommunikationsunternehmens macht Fortschritte

• DIE Gründung des großnationalen Telekommunikationsunternehmens, eins der Projekte der Bolivarianischen Alternative für die Amerikas (ALBA), wird möglicherweise noch vor Jahresende abgeschlossen.

Mit diesem Ziel arbeiten Spezialisten aus Venezuela, Kuba, Bolivien und Nicaragua, die in Havanna zu Gesprächen zusammentrafen, bei denen auch hohe Vertreter des Sektors zugegen waren.

Wie Ramón Luis Linares Torres, der erste Vizeminister für Informatik und Kommunikationen Kubas gegenüber der Presse bestätigte, befinden sich die juristischen Dokumente des neuen Unternehmens und sein Statut in fortgeschrittener Phase. Diese Texte zu konkretisieren

und andere Angelegenheiten wie die technische Qualifizierung, Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, die Infrastruktur der Netze und die Förderung der Telekommunikationsindustrie zu behandeln, sind zentrale Punkte dieses Treffens, das im Hotel Nacional stattfand.

In der Eröffnungssitzung der Tagung stellten die teilnehmenden Delegationen den von ihren zuständigen Regierungen vertretenen gemeinsamen Willen heraus, den Bereich der Informatik und Kommunikationen in ein weiteres erfolgreiches Werkzeug der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration zu verwandeln, und bestanden auf der besonderen Bedeutung dieser Sphäre für die Schlacht der Ideen gegen den Imperialis-

mus im internationalen Umkreis sowie für die Bildung und politische Orientierung der lateinamerikanischen Völker.

Die großnationalen Projekte der ALBA, die auf verschiedenen Gebieten laufen, sind eine Alternative zu den großen transnationalen Unternehmen. Die Unternehmen, die nach dem neuen Konzept gegründet werden, dienen der Zusammenarbeit: ihr Hauptziel wird nicht die Erhöhung der Gewinne sein, sondern die Nutzung der Kräfte jedes einzelnen integrierten Landes, um das gemeinsame Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit und sozialem Gleichgewicht voranzubringen. Wenn sie auch nicht auf Gewinn orientiert sind, haben die erwähnten Unternehmen selbständig und konkurrenzfähig zu sein.

Im Falle des großnationalen Telekommunikationsunternehmens stellte Vizeminister Linares heraus, daß zu seinen Zielen die Erringung der Souveränität unserer Länder in dieser so strategischen Welt und die Bereitschaft zählen, der großen Mehrheit die Vorteile der massiven Benutzung von Telefon, Internet, Computertechnik und audiovisuellen Medien zur Verfügung zu stellen. (María Julia Mayoral) •

# Mehr als 1.400 Firmen auf der Internationalen Messe von Havanna

## • Kubanische Exporte wachsen um 44%

HAYDEE LEON MOYA  
- Granma Internacional -  
FOTO: OTMARO RODRIGUEZ

• KONSUMGÜTER, Maschinen, Geräte, technologische Anlagen, Rohstoffe und verschiedene Dienstleistungen, vorgestellt von 1.425 Firmen (428 kubanische und 997 ausländische), nahmen sechs Tage lang die Messehallen der *Feria Internacional de La Habana* (FIHAV) ein, die vom 5. bis 10.11. auf dem Gelände von EXPOCUBA stattfand.

Die Ausstellungsfläche umfaßte dieses Mal 16.108 Quadratmeter. Es waren Aussteller aus 53 Ländern anwesend. Die 19 offiziellen Delegationen und die Vertreter von 36 Handelskammern wurden auf der offiziellen Eröffnungsveranstaltung begrüßt. Diese stand unter der Leitung des Vizepräsidenten Kubas, Carlos Lage Dávila, und des ersten Vizepräsidenten und Außenministers der Republik Panama, Samuel Lewis Cavarro, der die umfangreiche und begeisterte Delegation dieses Landes anführte, dessen Ausstellung zum ersten Mal einen eigenen Pavillon auf dieser Veranstaltung einnahm.

Der kubanische Außenhandelsminister, Raúl de la Nuez Ramírez, informierte, daß der diesjährige Handelsaustausch der Insel bis zum Monat September 10 Mil-



Die Ausstellungsfläche dieser 25. Ausgabe der FIHAV betrug 16.108 Quadratmeter

liarden CUC (konvertible Peso) erreicht hat, 12% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei wuchsen die Exporte um 44%, und es wurde ein besseres Gleichgewicht bei der geographischen Verteilung der Handelsgebiete erreicht.

Er verwies darauf, daß die Insel

fruchtbringende kommerzielle und finanzielle Beziehungen mit über 3.000 Unternehmen in 176 Ländern unterhalte und daß sich in diesem Bereich Venezuela, China, Kanada, Brasilien, Spanien und Italien immer stärker als die wichtigsten Partner erweisen. Mit diesen Ländern wird 70% des

Außenhandels abgewickelt.

Er sagte, daß diese Handelsbörse die Entwicklung des kubanischen Außenhandels gefördert habe, sowie die Durchführung neuer Investitionsvorhaben und gemeinsamer Geschäfte, nicht nur mit Kuba, sondern auch unter den Ausstellerländern. Sie habe

gezeigt, wiederholte er, daß die von den Vereinigten Staaten fast 50 Jahre lang aufgezwungene Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade es nicht geschafft hat, das Land von der internationalen Gemeinschaft zu isolieren, obwohl sie Verluste von mehr als 89 Milliarden Dollar gebracht habe.

## SPANIEN AM UMFANGREICHSTEN REPRÄSENTIERT

Spanien war mit einem eigenen Pavillon, in dem 80 Unternehmen ausstellten, das am umfangreichsten repräsentierte Land. Auch die Unternehmer der BRD, Brasiliens, Venezuelas, Italiens und der Türkei hatten Pavillons, die jeweils ihre Länder repräsentierten.

Kanada, das seit den ersten Ausgaben an dieser Handelsausstellung teilnimmt, wurde durch über 60 Unternehmen vertreten und bot eine reichhaltige Auswahl an Maschinen, Fahrzeugen, Getreide, Stahlzeugnissen und anderem.

Dieses Land hat in Kuba einen wichtigen Markt für den Kauf von Nickel, sowie von Kobalt, Zigarren, Fisch, Rum, Meeresfrüchten, Kupfer und anderen Produkten, und es ist gegenwärtig das Land, aus dem am meisten Touristen nach Kuba kommen. Speziell der Tourismus bildete den Schwerpunkt bei den gemeinsamen Verhandlungen. Im Jahr 2006 zum Beispiel kamen 600.000 kanadische Besucher in das karibische Land.

## ÜBER 100 US-FIRMEN

An der Internationalen Messe von Havanna nahmen auch 213 US-amerikanische Unternehmer von über 100 Unternehmen teil, sowie vier Landwirtschaftsminister verschiedener US-Bundesstaaten. Die Liste der US-amerikanischen Geschäftsleute wird angeführt von Dave Heinemann, dem Gouverneur von Nebraska.

## Unternehmer aus Blockfreien Staaten wollen die Süd-Süd-Zusammenarbeit stärken



• DER Welthandel beträgt heute zwölf Trillionen Dollar, das sind im Durchschnitt 1.850 Dollar je Einwohner, aber innerhalb dieses Warenaustausches sind die Unterschiede ab-

grundtief. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, die es gestatten, die Handelsbeziehungen zu erhöhen und Wege und Mittel zu finden, um das wahre Ausmaß der Entwicklung erreichen zu können.

Diese Zwangsläufigkeit vereinte nun mehrere Tage lang in Havanna auf der Tagung des 2. Geschäftsforums der Bewegung der Blockfreien Staaten (MNOAL), das am 2. und 3. November im Palacio de las Convenciones in Havanna stattfand, ca. 300 Unternehmer aus 44 Ländern, mit dem Ziel, die Süd-Süd-Zusammenarbeit auf der Suche nach einer Weltwirtschaftsordnung zu fördern, die gerechte Austauschbeziehungen im Welthandel ermöglicht, in denen die unterentwickelten Länder heute weniger begünstigt sind.

Als Beispiel für die politische Geschäftsbereitschaft und die regionale und interregionale Zusammenarbeit wurden auf der Versammlung die positiven Erfahrungen der Bolivarianischen Alternative für die Amerikas (ALBA) angeführt, die Venezuela, Kuba, Bolivien und Nicaragua sammeln.

Besonders erwähnt wurden auch die Beispiele, die der Welt die großen Unterschiede aus der ungleichen Entwicklung zeigen: So wird die Informatik von den reichen Ländern beherrscht. Nordamerika und Europa haben bei einem Sechstel der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte aller Nutzer. In Dreiviertel der Infrastruktur des Netzes der Netze erscheinen Lateinamerika und die Karibik mit 17,3 bzw. 3,6 Prozent. Hinzu kommen die ungerechten Zahlungsformen für den Anschluß an das Internet, wodurch die hohen Kosten einen Kapitalfluß der Länder des Südens in die Schatztruhen der ersten Welt verursachen.

Ein anderes Beispiel: Es wird eingeschätzt, daß in Afrika der Wert der Exporte je Einwohner in einem Jahr unter 300 Dollar liegt, dagegen liegt er in Europa bei über 10.000 Dollar.

Wichtige Meinungsäußerungen gab es im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, Strategien und Pläne zur Entwicklung von

Wissenschaft, Technik und Innovation zu erarbeiten und umzusetzen und Mechanismen zu schaffen, die die Ausbildung der Humanressourcen fördern und erfolgreiche Erfahrungen in den Ländern des Südens bekannt machen.

In diesem Sinne eröffneten sich in den bilateralen Verhandlungsrunden zwischen den am Forum teilnehmenden Unternehmen neue Möglichkeiten im Austausch zwischen den Blockfreien Staaten in Sachen Agroindustrie, Fabriken, Verbrauchsmaterialien, Bekleidung und Dienstleistungen, einschließlich Bildung, Bauwesen, Gesundheitswesen und Informationstechnologien.

Die Anwesenden debattierten in einer Arbeitsgruppe über die Süd-Süd-Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Energie, medizinisch-pharmazeutische Industrie, Gesundheit und Bildung. Eine zweite Gruppe beschäftigte sich mit der Zusammenarbeit und wirtschaftlichen Integration, den regionalen Erfahrungen und der Rolle des Unternehmersektors; die dritte behandelte den internationalen Handel und die Formeln und Möglichkeiten, den Warenaustausch auszuweiten.

Der kubanische Handelsminister, Raúl de la Nuez, machte die Vereinigten Staaten für

das Ungleichgewicht der Märkte, die Entwertung des Dollar und die Unsicherheit für das Leben der Menschen verantwortlich.

Er wies auch darauf hin, daß die unterentwickelten Länder nur mit 30 Prozent am gesamten Austausch von Waren und Leistungen in der Welt beteiligt sind, obwohl in diesen Ländern zwei Drittel der Weltbevölkerung leben.

Raúl Becerra, der Vorsitzende der Handelskammer Kubas, sagte lokalen Pressemedien gegenüber, daß das Treffen zur Einheit und Stärkung der Süd-Süd-Zusammenarbeit beitrug, so daß behauptet werden kann, daß die MNOAL sich in einer höheren Etappe befindet. Er äußerte, daß die auf der Tagung anwesenden Unternehmensvertreter zukünftige Verhandlungen vereinbarten, wobei besonders die Vertreter aus Venezuela, Serbien, Trinidad und Tobago, dem Iran, Kuba, China, Argentinien, Brasilien und Guatemala zu erwähnen seien.

Das 2. Geschäftsforum der MNOAL erfüllte eine in der Abschlusserklärung der 14. Gipfelkonferenz von September 2006 in Havanna vereinbarte Verpflichtung dieser Gruppierung. Vor dieser fand das Unternehmertreffen 2003 in Kuala Lumpur, Malaysia, statt. (Haydee León) •

# Noch mehr imperiale Exzesse?

• Die Reise von Condoleezza Rice in den Mittleren Osten brachte nicht die Ergebnisse, die man sich im Weißen Haus erhofft hatte, wo Bush derweil eine krankhafte Spekulation äußerte

ELSA CLARO – für Granma Internacional

• ALS eine nicht sehr versteckte Drohung verstand man die jüngsten Äußerungen von George W. Bush über den möglichen Ausbruch eines dritten Weltkriegs, wenn zugelassen würde, daß der Iran "das Wissen" erwirbt, um Atomwaffen zu entwickeln.

Von Washington wurde so oft wiederholt, daß dieses Land danach strebe, ein Atomarsenal aufzubauen, daß sie dort inzwischen möglicherweise selbst an ihre Lügen glauben. Es wäre nicht das erste Mal.

Manche sprechen immer noch von Massenvernichtungswaffen im Irak, nach vier Jahren Besetzung und nachdem bewiesen ist, daß sowohl die US-Administration, als auch die Regierung Blair in London vorsätzlich gelogen haben, um den Krieg zu rechtfertigen. Die Verschwörung dieser beiden mit dem damaligen Präsidenten der spanischen Regierung, José María Aznar, war eher noch eine im vertrauten Kreis, bis zu dem Moment, als dieser sich ihnen auf den Azoren anschloß, um die EU zu zwingen, die Entscheidungen zweier ihrer Mitglieder, die von den USA unterstützt wurden, zu akzeptieren, und zwar in offensiven Handlungen außerhalb der UNO und sogar hinter dem Rücken der EU.

Es ist möglich, daß diese Vorgeschichte das Gemüt von Wladimir Putin beeinflusst hatte, als er in Teheran sagte, daß die Absicht der Vereinigten Staaten, eine unipolare Welt zu schaffen, nicht realisierbar sei. Und so beweisen es die in Angriff genommenen Abenteuer in Afghanistan und im Irak, nicht gerade siegreiche Szenarien, wo es alles gibt, nur keine Ordnung, Dankbarkeit der Bevölkerung, oder gute Zukunftsaussichten.

Die Erklärungen gab der russische Präsident in der Hauptstadt des Irans ab, wo er am Gipfel der Anrainerländer des Kaspischen Meers teilnahm, unter dem eine der größten existierenden Erdölreserven lagert. Die Vertreter der Region suchen nach einem Konsens über die territoriale Aufteilung des Gebiets unter den verschiedenen Staaten, wobei sie beginnen zu merken, daß sie mit der von den ausländischen transnationalen Unternehmen angestrebten Fragmentierung nicht die beste Nutzung dieser Naturrohstoffe erzielen werden.



Die Präsidenten Rußlands, Wladimir Putin; des Iran, Mahmud Ahmadinedschad; Kasachstans, Nursultan Nasarbajew; Turkmenistans, Kurbanguli Berdimuchammedow, und Aserbaidshans, Ilham Alijew, regieren die Anrainerländer des Kaspischen Meers, eine der Regionen mit den weltweit größten Erdölreserven

Dieses Treffen zwischen Rußland, dem Iran, Kasachstan, Aserbaidshans und Turkmenistan wird als äußerst wichtiges Treffen eingeschätzt, denn in seinem Abschlusdokument sind solche Punkte enthalten wie der, daß "ihre Streitkräfte nicht das Ziel haben, andere Länder der Region des Kaspischen Meers anzugreifen", und es legt Nachdruck darauf, daß unter keinen Umständen erlaubt wird, ein beliebiges dieser Gebiete als Plattform für eine Aggression oder Strafmaßnahme gegen dritte Länder zu benutzen.

Diese Bemerkung beruht auf den veröffentlichten Mutmaßungen verschiedener Beobachter, nach denen Aserbaidshans, dessen Führer gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unterhalten und wirtschaftliche Verpflichtungen den verschiedenen Erdölunternehmen gegenüber haben, als Basis für eine zukünftige Aggression gegen den Iran dienen könnte. Das wäre die bevorzugte Variante von Vizepräsident Richard Cheney, wie verschiedene Quellen versichern, und es ist eine der dazu aufgekommene Spekulationen.

Andere vermuten zum Beispiel, daß es Israel sein würde, das diesen möglichen Angriff durchführen könnte oder es übernehmen würde, Provokationen zu starten, die einen

Konflikt und einen "gerechtfertigten" US-Militäreinsatz auslösen. Der Krieg gegen den Libanon und die jüngsten Luftangriffe Tel Avivs auf syrische Einrichtungen werden als zionistische Proben für dieses andere Ziel gewertet, gegen die Iraner vorzugehen. Dies besagen einige der vielen Thesen, die durch die verbale antiiranische Offensive der Bush-Administration genährt wurden, die so weit geht, eine weltweite Auseinandersetzung heraufzubeschwören, ohne zu erklären, warum und wie diese ausgelöst werden würde, wer darin verwickelt sein würde, trotz der Tragweite einer solchen Ankündigung.

Während seines Besuchs in Teheran sagte Putin, daß eine Weltmacht, auch wenn sie noch so groß und mächtig sei, "die Weltprobleme nicht allein lösen kann, da die finanziellen, wirtschaftlichen, materiellen und politischen Ressourcen dazu nicht ausreichen". Über die Perspektive eines Angriffs auf den Iran sagte der Staatschef, daß dies ein schwerer Fehler wäre. Statt dessen sollten sich die Vereinigten Staaten so bald wie möglich aus dem Irak zurückziehen, denn ehe sie das nicht tun, werde die Regierung in Bagdad keine eigene Politik entwickeln.

Die Äußerungen Putins während dieses Besuchs und später, in Rußland, gehen in die gleiche Richtung wie das, was er seit Januar

bekannt gibt, als er auf der in München stattgefundenen internationalen Sicherheitskonferenz mit Kraft und Kohärenz darlegte, daß eine ausschließende und egozentrische Politik aufgrund ihres Bedrohungscharakters in der heutigen Welt unannehmbar sei.

Diese Ideen wiederholte er gegenüber Condoleezza Rice und Robert Gates vor einigen Wochen, als die US-Außenministerin und der US-Kriegsminister Moskau besuchten, um das Thema des Antiraketenschildes zu erörtern, wobei sie ihre Gastgeber angesichts fehlender annehmbarer Initiativen nicht zufriedenstellen konnten.

Die eigenwillig von Bush durchgeführten Aktionen lassen mit Argwohn darauf blicken, wie das Weiße Haus das iranische Programm zur friedlichen Nutzung der Atomenergie in ein schiefes Licht rückt, wobei sie mit ihren schockierenden Konzepten die Europäer mit einbeziehen (der französische Außenminister sagte vor kurzem, man müsse das Unvermeidliche akzeptieren).

Die vorangegangenen und die jüngsten Vorfälle sind zum Teil ebenfalls die Grundlage dafür, daß der russische Staatschef auch über die Dringlichkeit sprach, die Rolle und Bedeutung der Vereinten Nationen zu stärken, um gleichzeitig das Internationale Recht zur Geltung zu bringen, das seit langem unterschätzt wird, es wird nicht anerkannt und mißachtet.

Die fünf in Teheran versammelten Staatsoberhäupter vermerkten, daß sie das iranische Atomprogramm zur friedlichen Entwicklung billigen, sowie das Recht jedes anderen Staates, das Gleiche zu tun, immer wenn er die dafür verbindlichen Verträge einhält, was der Iran tut. Deshalb ging Putin vielleicht auch auf die Notwendigkeit ein, nicht die Bedeutung zu vergessen, die die strikte Achtung der nationalen Souveränität hat, und darauf, daß mehr nach Einigungen gesucht werden muß statt auf Konfrontationskurs zu gehen.

Einige mißtrauische Kommentare vermuteten, Rußland könnte unter dem Druck der US-Administration seine Zusammenarbeit mit dem Iran im Nuklearbereich einstellen, aber im Rahmen dieser Tagung erfuhr man, daß Moskau, im Gegenteil, das im Süden gelegene Atomkraftwerk von Bush fertigstellen will.

Dieses interessante Treffen und seine nicht zu verachtenden Ergebnisse können die alte Intention der USA vielleicht nicht aufhalten, eine Operation der "Abstrafung" gegen den Iran in Angriff zu nehmen, um seine wichtigsten wirtschaftlichen und militärischen Ziele zu vernichten, so daß das Land verarmt und sein Symbol einer regionalen Macht, die von den nationalistischen Bewegungen des Mittleren Ostens respektiert wird, verliert.

Aber es sollte kein Zweifel daran bestehen, daß die erreichten Vereinbarungen ein unerwarteter und lästiger Stein im imperialen Schuh sind. Darauf weist der hochtrabende Verweis Bushs auf einen dritten Weltkrieg hin, den nur er auslösen kann, wenn niemand ihn in einem seiner klassischen Momente der Verblendung stoppt. •

## Söldner von Blackwater können ungestraft töten

• WASHINGTON.- DAS State Department versprach den Leibwächtern von Blackwater USA Straffreiheit bei der Untersuchung des Todes von 17 irakischen Zivilisten, wie *The Associated Press* erfuhr.

Somit werden Monate vergehen, bis die Bundesstaatsanwaltschaft – wenn sie es denn tut – Anklage in einem Fall, der die irakische Regierung in Wut versetzt hat, erheben kann.

"Sobald Straffreiheit zugesichert wird, kann sie nicht mehr zurückgenommen werden", erklärte ein hoher, mit der Untersuchung vertrauter Beamter.

Ein Sprecher des State Department wollte keine Erklärungen zum Thema abgeben, desgleichen die Sprecher des Justizministeriums bzw. des FBI.

Drei hohe Beamte behaupteten, allen Soldaten von Blackwater, die in das Massaker verwickelt waren – sowohl die des Fahrzeugkonvois als auch mindestens zwei des Hubschraubers – sei vom Amt für Sicherheit für Diplomaten beim State Department juristische Sicherheit zugesagt worden.

Zur Gewährung der Immunität hatten die Soldaten beim Verhör nur die Wahrheit über die Schießerei zu sagen, bei



Die UNO-Truppen im Irak haben von der US-Regierung verlangt, den Klagen über die von Angehörigen der Sicherheitsunternehmen wie Blackwater begangenen Morden nachzugehen

der am 16. September im Irak 17 Zivilisten ums Leben kamen.

Mehrere Augenzeugen versicherten, daß das Sicherheitspersonal von Blackwater, das den Konvoi der US-Diplomaten beschützte, das Feuer eröffnete, ohne provoziert worden zu sein.

Vor Tagen klagte das Zentrum für Verfassungsrecht, eine Gesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte in Washington, dieses Unternehmen wegen seiner Kriegsverbrechen in der besetzten Nation an.

Die Klage wurde im Namen eines Überlebenden und von Familienangehörigen von drei Opfern der Schießerei im September, bei der außerdem 22 Menschen verletzt wurden, beim Bundesgericht eingereicht.

Die UNO-Truppen im Irak (UNAMI) klagten ebenfalls über das, was sie als eine grobe Verletzung der Menschenrechte in dem Land bezeichnen.

In ihrem elften Quartalsbericht zum Thema verlangten die UNAMI Anfang Oktober von der US-Regierung, den Klagen über die von Angehörigen von Sicherheitsunternehmen wie Blackwater begangenen Morde nachzugehen.

In diesem Zusammenhang forderte sie von den US-Behörden die Schaffung wirksamer Mechanismen, damit diese Personen für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen werden können.

Der Fall Blackwater befindet sich jetzt in den Händen des FBI. Wie bekannt wurde, weigern sich die Angehörigen des Unternehmens, sich Verhören zu stellen. •



# Unser Amerika



## Alvaro Colom ist neuer Präsident von Guatemala

• GUATEMALA (PL).- Nach zwei vergeblichen Versuchen ist der Sozialdemokrat Alvaro Colom der sechste gewählte Präsident in Guatemala seit der so bezeichneten Rückkehr zur Institutionalität im Jahr 1985, als Jahrzehnte unter Militärregimes endeten.

Der Kandidat der *Unidad Nacional de la Esperanza* (UNE) siegte bei der Wahl am Sonntag, dem 4. November, mit mehr als fünf Punkten über Otto Pérez Molina von der *Partido Patriota* (PP) und wird sein Amt am 14. Januar 2008 antreten.

Colom, 56 Jahre alt und Ingenieur von Beruf, wurde durch seine Arbeit als Direktor des Nationalfonds für den Frieden (*Fondo Nacional para la Paz* - FONAPAZ) bekannt, die er von 1991 bis 1997 ausübte, und weil er die Verhandlungen für die Rückkehr der 45.000 guatemalteken Flüchtlinge aus Mexiko geführt hatte.

1999 trat er in die Politik ein, als er von der *Alianza Nueva Nación* (ANN) zum Präsidentschaftskandidaten ernannt wurde. Die ANN war eine linke Koalition, die damals unter der Führung der ehemaligen Guerilla-Organisation *Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca* (URNG) stand.

Von *Prensa Latina* nach Ereignissen befragt, die ihn in seinem Werdegang beeinflusst hätten, erwähnte er die Arbeit im FONAPAZ und die Ermordung seines Onkels im Jahr 1979, des Volksführers und ehemaligen Bürgermeisters der Hauptstadt, Manuel Colom Argueta.

"Für mich und für die damalige Generation verschwand mit der Ermordung von Manuel die demokratische Hoffnung in Guatemala", sagte er.

Kurz nach den Wahlen im Jahr 2000 trennte sich Colom von der ANN und begann, die *Unidad Nacional de la Esperanza* zu bilden, eine Partei, die Sektoren verschiedener Tendenzen vereint.

Im Jahr 2003 nahm er erneut den Wahlkampf um die Präsidentschaft auf und blieb auf dem zweiten Platz, dicht hinter Oscar Berger, dem Kandidaten der *Gran Alianza Nacional*. Dabei siegte er in 14 der 22 Verwaltungsbezirke, verlor aber in der Hauptstadt.

Gemäß dem Spruch "Aller guten Dinge sind drei", beschloß er in diesem Jahr, erneut den Wettstreit aufzunehmen, und erreichte am vergangenen 9. September mit



Colom wird am 14. Januar sein Amt antreten

28,3% der Stimmen den ersten Platz, gegenüber 23,6% seines Rivalen, mit dem er sich in einem zweiten Wahlgang auseinandersetzen mußte.

Colom, der als mitte-links-gerichtet einzurufen ist, richtet sein Regierungsprogramm auf vier Schwerpunkte aus: die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Bekämpfung der Armut, das Produktionswachstum und die Regierbarkeit.

"Guatemala besitzt ein beeindruckendes Wirtschaftspotenzial", bekannte er.

In seinem Programm hat er nicht vorgesehen, tiefgreifende Maßnahmen wie eine Agrarreform durchzuführen, um die Probleme auf dem Land zu lösen, sondern er will eher die Industrialisierung auf dem Land fördern und die kleinen und mittleren Betriebe stärken.

Zum Thema Gewalt, einer Geißel mit weiten sozialen Auswirkungen, kündigte Colom Präventionsmaßnahmen und die Stärkung der Institutionen für ihre Bekämpfung an.

"Nach 50 Jahren beginnt heute der Wandel, den wir für Guatemala anstreben", sagte er in seiner ersten Ansprache nach Bekanntgabe der Ergebnisse des zweiten Wahlgangs.

## IN KÜRZE

### HONDURAS FORDERT VON DEN USA DIE RÜCKGABE EINES BEDEUTENDEN ARCHÄOLOGISCHEN FUNDSTÜCKS

• HONDURAS fordert von den Vereinigten Staaten die Rückgabe des wichtigsten Fundstücks des Mayaparks Copán, das im Peabody-Museum der Harvard-Universität ausgestellt ist, informierte Kulturminister Rodolfo Pastor Fasquelle. Es handelt sich um die Figur des Königs 18 Kaninchen, die sich im Herzen dieses Parks befand, auf einer majestätischen Treppe mit den Statuen der Mayakönige, aber diese Zentralfigur wurde von den Forschern, die an den archäologischen Ausgrabungen teilgenommen hatten, in die Vereinigten Staaten gebracht. Der besagte Park gehört zum Weltkulturerbe und ist eine der wichtigsten Quellen für die Erforschung der Mayazivilisation. (PL)

### NICARAGUA BENÖTIGT MEHR ALS 392 MILLIONEN DOLLAR ZUR BEHEBUNG DES NOTSTANDS

• LAUT einem offiziellen Bericht benötigt Nicaragua 392.589.400 Dollar, um den nationalen Notstand zu beheben, den die meteorologischen Phänomene verursachten, die in den letzten 52 Tagen das Land heimsuchten. Den Bericht präsentierte der Chef der Zivilverteidigung, Oberst Mario Pérez-Cassar, dem in Managua akkreditierten diplomatischen Korps in den Amtsräumen des Präsidenten Daniel Ortega, der für die Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit dankte und vorschlug, die Inlandsverschuldungen mit den Bankiers neu zu verhandeln, um diese Gelder für den Wiederaufbau einsetzen zu können. (PL)

### VERHANDLUNGEN ÜBER EIN ASSOZIIERUNGSABKOMMEN EU-MITTELAMERIKA ERZEUGT KONTROVERSEN

• DER Verhandlungsbeginn über ein Assoziierungsabkommen zwischen Mittelamerika und der Europäischen Union (EU), das einen Freihandelsvertrag einschließt, brachte erste Kontroversen. Die landwirtschaftlichen Produzenten des Isthmus lehnen ihn ab, weil sie fürchten, von der europäischen Politik der Subventionierung der eigenen Produkte "weggeschwemmt" zu werden. Mittelamerikanische Bauernorganisationen sprachen sich gegen die in San José eröffneten Verhandlungen aus. Sie sagen, daß "diese Freihandelsverträge für die großen transnationalen Unternehmen maßgeschneidert sind, denen die lokalen Produzenten egal sind". (AFP)

### DEN BEAMTEN, DIE POSADA CARRILES AUF FREIEN FUSS SETZTEN, WIRD DIE AUSREISE AUS PANAMA VERWEIGERT

• EIN Gericht in Panama erneuerte das Ausreisever-

bot für drei ehemalige Regierungsbeamte der Ex-Präsidentin Mireya Moscoso, die den Terroristen Posada Carriles aus der Gefängnishaft entlassen haben. Das Zweite Oberste Justizgericht lehnte eine von Ex-Regierungsminister (des Innern), Arnulfo Escalona, und den Ex-Direktoren der Polizei, Carlos Barés, und der Migrationsbehörde, Javier Tapia, eingereichte Berufung ab. Akteneintragungen beweisen, daß sie gehandelt hatten, bevor die Entscheidung von Moscoso für rechtmäßig erklärt wurde, ganz davon abgesehen, daß die Begnadigung selbst als verfassungswidrig gilt. Anwälten nach erhielten Posada und seine Freunde vom ehemaligen Migrationschef Schutz und falsche Dokumente und verließen das Land zwei Stunden bevor die Begnadigung im Gesetzblatt veröffentlicht wurde. (PL)

### VENEZUELA UND ALGERIEN KONKRETISIEREN NEUE FORMEN DER ZUSAMMENARBEIT

• DIE Behörden Venezuelas und Algeriens unterzeichneten im Ergebnis der in Caracas abgehaltenen Tagung der zweiten gemischten bilateralen Kommission neun Kooperationsvereinbarungen in verschiedenen Bereichen. Die Vereinbarungen umfassen die Zusammenarbeit bei der Erdölerkundung und -förderung mit Gemeinschaftsprojekten bei der Erdölsuche, -verarbeitung und -lagerung und dem Bau anderer Einrichtungen der Erdöl- und Erdgasindustrie. An den Arbeitstischen kamen die politische Übereinstimmung und der Wille zur Zusammenarbeit der beiden Länder zum Ausdruck. (PL)

### MEXIKO UND BOLIVIEN BEGINNEN NEUE ETAPPE DER BEZIEHUNGEN

• DIE Regierungen Mexikos und Boliviens versicherten, daß die bilateralen Beziehungen eine neue Etappe erreicht hätten, und als Zeichen dafür wurde angekündigt, daß die Staatschefs beider Länder während des Lateinamerikanischen Gipfels ein bilaterales Treffen abhalten werden. Die Außenminister unterzeichneten eine Erklärung, in der festgehalten wurde, daß sie die Vereinbarung zur wirtschaftlichen Komplementierung überprüfen werden, und daß ihre Regierungen darin übereinstimmen, den Drogenhandel und damit verbundene Verbrechen zu bekämpfen. (AP)

### IN BRASILIEN WURDE EINE 1.500 JAHRE ALTE BESTÄTTIGUNGSURNE DER UREINWOHNER GEFUNDEN

• ARCHÄOLOGEN der Bundesuniversität Minas Gerais (UFMG) bestätigten den Fund einer etwa 1.500 Jahre alten Bestattungsume der Ureinwohner. Die Experten begaben sich zu dem Landgut in Iguatama in diesem Bundesstaat, wo der Gegenstand entdeckt wurde, als Landarbeiter den Boden mit Traktoren und Pflügen für die Maisaart vorbereiteten. Wie die Spezialisten beschrieben, handelt es sich um ein großes topfartiges Keramikgefäß mit menschlichen Knochen in seinem Innern. Sie stellten fest, daß nur der Decke mit einem Durchmesser von einem Meter gebrochen war. (PL)

# Ja,

Ich bestelle  
für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 15 Euro  6 Monaten (6 Ausgaben) 8 Euro

Zahlungsweise  gegen Rechnung  Per Bankeinzug

Anschrift  Meine Bankverbindung

Name  Geldinstitut

Str./INr  BLZ

PLZ/Ort  Konto

Datum / Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift  
Coupon an: GNN Verlag  
Venloer Str. 440  
(Toskana-Passage)  
50825 Köln  
Tel: 0221-21 1658

**Granma**  
INTERNACIONAL  
Zeitung aus Kuba  
und Lateinamerika



# Unser Amerika



VENEZUELA

## Das Referendum sorgt für neuen Wirbel

JUANA CARRASCO MARTIN  
– für Granma Internacional

• DER rotgebundene Reformentwurf für die Verfassung Venezuelas, den die Nationalversammlung mit 161 Stimmen bei nur sechs Enthaltungen der Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei *Podemos* befürwortete, wurde dem Nationalen Wahlrat am 2. November vorgelegt, damit dieser am 2. Dezember, wie vom Gesetz vorgesehen, einen Volksentscheid darüber durchführt.

Hugo Chávez hat diesen Volksentscheid als das wichtigste Referendum seiner Amtszeit bezeichnet, und es ist die 14. Wahlentscheidung des venezolanischen Volkes, seit er im Februar 1999 die Regierung des Landes übernahm. Er setzt wieder sein Vertrauen in diese Entscheidung, aus der die modifizierte Carta Magna siegreich hervorgehen wird, und so helfen wird, den Weg zum sogenannten Sozialismus des 21. Jahrhunderts einzuschlagen.

„Seht die Kraft des Volkes auf den Straßen“, sagte er vor Hunderttausenden Venezolanern – möglicherweise eine Million –, die am Sonntag, dem 4. November, einen Marsch von 8,5 km Länge antraten und die Bolívar-Allee in Caracas füllten, während andere Städte des Landes ähnliche Demonstrationen erlebten, mit denen die Verfassungsreform unterstützt wird, welche wieder die Opposition in Spannung versetzt hat, die auf irrationale Konfrontation setzt, auf einen Staatsstreich.

Auf diese Art begann die Kampagne für das JA, das die bewußte Befürwortung der 69 modifizierten der 350 Artikel der Verfassung der Bolivarianischen Republik bestätigen soll, sowie 15 Übergangsbestimmungen. Auf jeden Fall drängten Chávez und andere Redner, trotz der überzeugenden Demonstration der Kraft des Volkes, unermüdlich darauf, zuerst einen Kampf gegen die Stimmenthaltungen zu führen, damit keiner daran zweifle, daß die große Mehrheit der Venezolaner die Verfassungsreform befürwortet. Gleichzeitig warnten sie vor der gewalttätigen Offensive der Opposition.

Der Journalist und ehemalige Vizepräsident der Republik, José Vicente Rangel, sagte dazu: „Wieder liegen die Karten auf dem Tisch. Ich erkläre: die Opposition ist unaufhaltsam auf dem Weg, einen weiteren Fehler von unvorhersehbaren Folgen zu begehen“, und er zitierte jüngste Erklärungen von Henry Ramos Allup, von der *Acción Democrática*. „Der Verfassungsbetrug ist immer schlecht, egal ob im Dezember, Januar, Februar oder zu einem anderen Zeitpunkt. Es geht darum, ihn zu verhindern“, sagte dieser in einem offenen Aufruf, den Willen des Volkes um jeden Preis zu stoppen.

Die Ausschreibung des Referendums erfolgt begleitet von Gewaltaktionen dieser Opposition, die, nachdem sie vergeblich den Arbeitgeberstreik, den Erdölcoup, den Staatsstreich sowie ständige Medienkampagnen auf Anregung und mit Begleitung von Washington und all seiner globalisierten, manipulierenden Macht benutzt hat, jetzt Universitätsstudenten zu ihrer Speerspitze auserkoren hat, die sie provokatorisch auf die Straße schickt, um zu versuchen, das Land zu destabilisieren, wobei sie sogar zu militärischen Zusammenrottungen

auffruht.

Wie sonst ist der Vorstoß von General Raúl Baduel zu werten, der in einer Pressekonferenz vor den seit ihren Anfängen feindseligsten Medien und stillen Gegnern der Bolivarianischen Revolution, zum NEIN aufgerufen hat. Ein Schritt, den das Volk und seine Führer inzwischen als Verrat bezeichnen.

Auf dieser Linie ist offensichtlich zum wiederholten Mal auch die Unternehmergruppierung Fedecámaras – die gleiche, die den Staatsstreich von Pedro Carmona, „dem Kurzlebigen“, im April 2002 unterstützte und antrieb –, die jetzt behauptet, die Verfassungsreform sei „verfassungswidrig, nichtig und betrügerisch“.

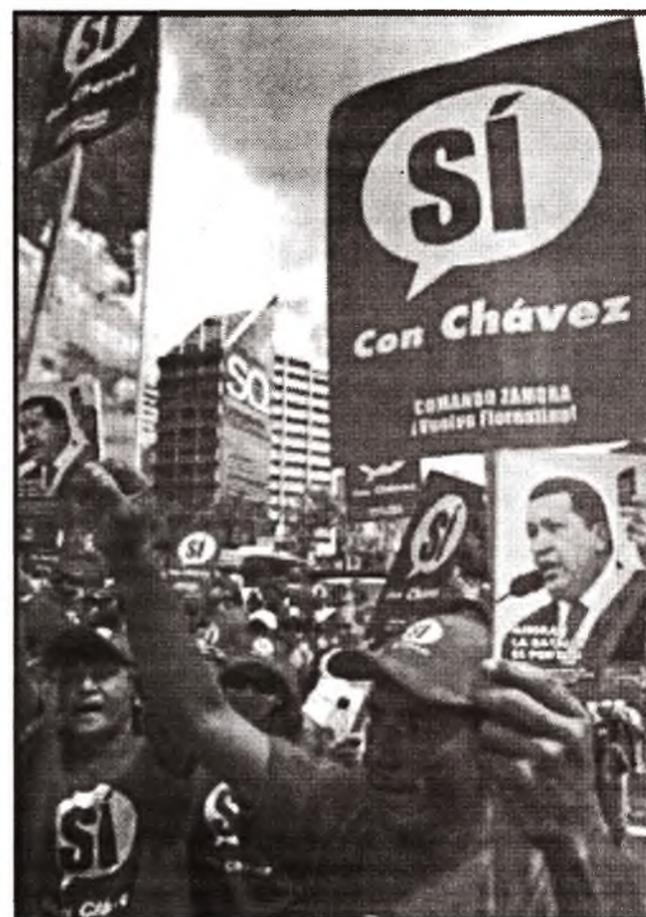
Sie und andere haben Angst vor der Realität, die Verfassungsreform ist die legale Macht, die darauf gerichtet ist, die Beteiligung der Massen an ihrer Demokratie zu vertiefen, die Institutionen des Staates effizienter zu organisieren und das wirtschaftliche Leben zu erneuern, weil sie vorhat, neue Eigentumsformen zu schaffen, basierend auf der grundlegenden Idee, daß der Reichtum gerecht verteilt werden kann. Sie sind die rechtliche Garantie dafür, daß die Bolivarianische Revolution den Interessen der großen Masse der Besitzlosen gerecht werden kann, und nichts von dem gefällt denen, die darin eine noch größere Gefahr für ihre vergängliche Macht sehen.

Allerdings hat sich die Propagandakampagne gegen die Reform praktisch auf einen Punkt konzentriert: auf die Möglichkeit, die sie böte, die Amtszeit des Präsidenten von sechs auf sieben Jahre zu erhöhen, und ihm die uneingeschränkte Wiederwahl zu gestatten. Sie bringen vor, das würde zu einer chavistischen „Diktatur“ führen, in Übereinstimmung mit dem destabilisierenden Klischee, das aus Washington kommt: die Verteufelung jener Führer, die es als seine „Feinde“ betrachtet; die Darstellung der Revolutionen als Voluntarismus und Laune eines Mannes, um so die einzige Wahrheit zu verstecken, nämlich daß sie Entscheidungen der Völker sind, die willig sind, selbst und für sich zu regieren.

So sieht die gegenwärtig herrschende Meinung in der venezolanischen Gesellschaft aus: Gemäß einer jüngsten Meinungsumfrage der Zeitung *Ultimas Noticias* betrachten 46% der Venezolaner die Reform als notwendig, 35% sind dagegen; gleichzeitig schätzen 72% die Tätigkeit von Präsident Chávez als gut oder ausgezeichnet ein, gegenüber 25%, die sie als schlecht oder furchtbar bewerten. In dieser Form ist das Venezuela von heute polarisiert.

So sehen die Tatsachen aus, obwohl diese Opposition praktisch 78% der Fernsehstationen auf ihrer Seite hat, einen ebenso großen Anteil bei der Presse und 80% bei den Radio-sendungen, um eine Art des Denkens aufzuzwingen, selbst wenn sie dazu zu manipulierenden Lügen greifen.

Um diese Propaganda für das NEIN „gültig“ zu machen, hat sich ein Teil des oppositionellen Sektors schon vor dem Nationalen Wahlrat als Block für das NEIN eingeschrieben. Andere Gruppen versuchen, das Referendum um jeden Preis zu verhindern, so die *Acción Democrática*, *Comando de la Resistencia*, *Bandera Roja*, *Un Bravo Pueblo* und *Alianza Popu-*



Ein Massendemonstration zur Unterstützung der Verfassungsreform fand am Sonntag, dem 4.11., auf der Bolívar-Allee von Caracas statt

lar, unter anderen, die auf eine offene und gewaltsame Konfrontation setzen.

Herman Escarra, vom *Comando de la Resistencia*, nahm kein Blatt vor den Mund und sagte am 25. Oktober in einer Presserunde: „Unser Aufruf richtet sich gegen die Anerkennung jedes betrügerischen Referendums, so wie wir uns auch auf die Wiedereinführung der verfassungsmäßigen und demokratischen Ordnung vorbereiten“. Es gab sogar gefährliche Sermonen über „den Tag danach“, anscheinend eine Andeutung, daß man sich gegen die Annahme des Referendums auflehnen werde.

In den neu formulierten Artikeln, die in Kraft treten würden und vor denen sie sich fürchten und gegen die sie sich stellen, wird auch die Kommunikation als ein konstitutionelles Recht anerkannt, sowohl die private, als auch die öffentliche. Und es heißt, daß „jeder Mensch das Recht auf opportune, wahrheitstreue und unparteiische Information hat, ohne Zensur, sowie das Recht auf eine Erwiderung“. Deshalb wurde in den umformulierten Artikeln die unumgängliche Unterstützung der örtlichen und öffentlichen Medien festgehalten, die die Möglichkeit einer gültigen, wahren Kommunikation eröffnen, die auch notwendig ist gegenüber der Desinformation der das venezolanische Volk jahrzehntelang ausgesetzt war. Gleichzeitig werden sie dazu beitragen, die weitere Konzentration des Eigentums der Medien in Händen der Mächtigen zu verhindern.

Also, so wie die schwachgesetzte Opposition sich auch windet und um sich schlägt, als Gegenpol ist der bolivarianische Hurrikan entfesselt. •

## Die Nationale Volksbewegung siegt erneut in Trinidad und Tobago

JUANA CARRASCO MARTIN  
– für Granma Internacional

• PORT OF SPAIN (PL).- Die Nationale Volksbewegung (People's National Movement - PNM) von Patrick Manning wiederholte ihren Sieg bei den allgemeinen Wahlen in Trinidad und Tobago. Es ist der neunte seit 1959.

Manning führte einen Umzug durch die

wichtigsten Straßen der Hauptstadt durch, auf dem er verkündete, er habe seine Gegner vom Vereinten Nationalkongreß (United National Congress - CNU) von Kamla Persad-Bissessar „abgefertigt“.

„Wir haben im Osten gegen sie gesiegt, sie im Westen geschlagen, sie im Süden besiegt und im Norden gegen sie gewonnen“, sagte Manning in einer euphorischen Rede.

Mit dem Sieg im Bezirk San Fernando, der zwei Sitze einbrachte, sicherte sich die PNM 26 der 41 Sitze im Repräsentantenhaus.

Er erinnerte daran, daß die PNM seit den Wahlen von 2001 Regierungspartei ist.

Trotz der Euphorie in seiner Rede rief Manning seine Gesinnungsgenossen auf zu feiern, aber den Erfolg nicht durch irgendwelche Vorfälle zu trüben.

Jetzt, nach den Wahlen, sollten die Menschen lernen, ihre Differenzen beiseite zu legen und in Harmonie miteinander zu leben, sagte er.

Das Wahlergebnis bestätigt die vorherrschende Rolle der Bevölkerung afrikanischer Herkunft in der Gesellschaft des Landes gegenüber den Nachkommen der Indios und Mestizen, die vor allem in der CNU gruppiert sind. •



# Unser Amerika



## LATEINAMERIKA

### Frauen auf dem Vormarsch

LIDICE VALENZUELA  
– für Granma Internacional

• DIE politischen und sozioökonomischen Veränderungen, die sich in einer Reihe lateinamerikanischer Länder vollziehen, ermöglichen unbestreitbar nicht nur den Aufstieg der Frauen zu Schlüsselpositionen in Regierung und Verwaltung, sondern auch ihre Einbeziehung in verschiedenartige Programme, und die historische Marginalisierung, der sie ausgesetzt waren, beginnt zurückzubleiben.

Es bleibt allerdings noch viel zu tun, damit die mehr als 250 Millionen Frauen einen würdigen Platz in Lateinamerikas Gesellschaften einnehmen.

Zwei Präsidentinnen – Michelle Bachelet in Chile und Cristina Fernández in Argentinien –, eine Präsidentin und eine Vizepräsidentin des venezolanischen Parlaments – Cilia Torres und Desirée Amaral –, eine Präsidentin der Verfassungsgebenden Versammlung in Bolivien – Silvia Lazarte –, eine Außenministerin in Kolumbien – María Fernanda Espinosa –, eine Chefin des Regierungskabinetts in Brasilien – Dilma Rouseff –, sowie mehrere Ministerinnen in Kuba führen die Liste der vielen, aber zahlenmäßig noch zu wenigen Frauen an, die wichtige politische Posten in ihren Ländern inne haben.

Die Kolumbianerinnen nehmen 11,7% der Sitze im Senat und 8,4% der im Repräsentantenhaus ein. In Brasilien sind 51 Abgeordnete auf nationaler Ebene Frauen. Sie repräsentieren 10,7% im Senat und 8,24% im Repräsentantenhaus. Die Mehrheit gehört linken Parteien an, speziell der regierenden *Partido dos Trabalhadores*, die vier Senatorinnen und 16 weibliche Vertreter im Repräsentantenhaus hat.

In Peru wurde mit Unterstützung der Parlamentspräsidentin Mercedes Cabanillas von der Regierungspartei *Partido Aprista Peruano* zum ersten Mal ein Tisch der Parlamentarierinnen eingerichtet.

Die 35 Frauen im Kongreß, die am 28. Juli ihr Amt antraten und ein Drittel des gegenwärtigen Parlaments darstellen, versichern, daß sie diese Tribüne nutzen werden, um Gesetze zu erwirken, die den Peruanerinnen Chancengleichheit in allen Bereichen ermöglichen.

Auch wenn die politische Beteiligung der Frauen im letzten Jahrzehnt in Lateinamerika gewachsen ist, ist man von einer Gleichheit der Geschlechter weit entfernt, bestätigt eine Untersuchung des internationalen Forschungs- und Weiterbildungsinstituts der Vereinten Nationen für die Förderung der Frau (UN International Research and Training Institute for the Advancement of Woman – UN-INSTRAW).

In den Regierungsräten stieg der feminine Anteil in den letzten zehn Jahren von 9 auf 14%, in den Senaten von 5 auf 13% und in den Parlamenten von 8 auf 15%.

Aber auf kommunaler Ebene, in den Vertretungs- und Regierungsinstanzen, die der Bevölkerung am nächsten stehen und am meisten mit dem täglichen Leben zu tun haben, ist der Anteil der Frauen viel geringer und im letzten Jahrzehnt auch nicht wesentlich gewachsen, stellt UN-INSTRAW fest.

Nach Daten, die von der UN-Organisation in 16 lateinamerikanischen Ländern erhoben wurden, werden nur 5,3% der örtlichen Regierungen von Frauen angeführt, das heißt 842 der 15.828 Kommunalregierungen.

#### ES GIBT MEHR FRAUEN ALS MÄNNER IN LATEINAMERIKA

Die Frauen bilden in Lateinamerika und der Karibik die Bevölkerungsmehrheit: Gemäß Angaben der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) sind sie 278 Millionen gegenüber 273 Millionen Männer. Von den 50 Millionen Indigenas sind 60% weiblichen Geschlechts.

Die Frauen in Venezuela, Bolivien, Nicaragua, Ecuador, Brasilien, Uruguay, Chile und in unterschiedlichem Maß in anderen Ländern – sie können die Jahrhunderte der Diskriminierung und Chancenlosigkeit nicht vergessen – sind dabei, den Weg zur Verbesserung ihrer Lebensqualität zu bestimmen und sich den neuen gesellschaftlichen Vorschlägen ihrer Regierungen anzuschließen.

Die Kubanerinnen bilden die Mehrheit in den Universitäten, im wissenschaftlich-technischen

Bereich, im Bildungs- und Gesundheitswesen. Bei den jüngsten Kommunalwahlen im Oktober waren über 26% der gewählten Gemeindevorteiler Frauen, um nur ein Beispiel ihres Voranschreitens auf diesem Gebiet zu nennen.

In Venezuela nehmen Millionen an den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Missionen (Programmen) der bolivarianischen Regierung teil. Entweder als Lehrerin oder als Schülerin nahm über eine halbe Million Venezolanerinnen an der nationalen Alphabetisierungskampagne nach der kubanischen Methode *Yo sí puedo* (Ich kann es) teil; dann lernten sie weiter bis zum Abschluß der sechsten Klasse; andere nahmen ein Hochschulstudium wieder auf, das sie aus verschiedenen Gründen abgebrochen hatten oder begannen es zum ersten Mal.

Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, daß in den Ländern Lateinamerikas die Frauen 40% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung auf dem Land darstellen. Dabei erreicht die Ungleichheit der Frau kritische Ausmaße, da trotz der Abnahme der Landbevölkerung immer mehr Frauen in der Landwirtschaft arbeiten. Laut Untersuchungen der FAO lebt über die Hälfte der Bäuerinnen in Armut. Gleichzeitig verursacht die Abwanderung der jungen Frauen in die Stadt eine Überalterung der Landbevölkerung.

Eins der meistdiskutierten Themen im Arbeitsbereich ist die Diskriminierung der Frau bei den Gehältern. Von Ausnahmen wie Chile und Kuba abgesehen, wo bei den Einkommen gleiche Rechte bestehen, betragen im Jahr 2005 die Löhne der Frauen nur 68% der Löhne der Männer bei gleicher Beschäftigung.

Wenn die männlichen Arbeiter 100 Dollar im Monat verdienen, erhalten die weiblichen 68 Dollar für die gleiche Arbeit und die gleiche geleistete Stundenzahl.

Offizielle Statistiken sagen aus, daß sie bei der Arbeitssuche größeren Schwierigkeiten gegenüberstehen, weshalb letztendlich fast 50% der Frauen über 15 Jahren kein eigenes Einkom-



Cristina Fernández, die frischgewählte erste Präsidentin Argentiniens und zweite Lateinamerikas, nach der Chilenin Michelle Bachelet

men haben, während es bei den Männern etwa 20% sind.

Ein weiterer Sektor, der aus Geschlechtergründen diskriminiert wird, ist der der älteren Frauen. Die Mehrheit der über 65jährigen hat keine Rente oder irgendeine Vergütung, da sie im inoffiziellen Sektor oder unvergütet (Hausangestellte oder Hausfrau) gearbeitet hat.

Die Sorge um die Situation, in der ein Großteil der lateinamerikanischen Frauen lebt, steht im Brennpunkt internationaler Foren und Kongresse.

Auf der vor kurzem in Quito, Ecuador, stattgefundenen 10. Regionalkonferenz für die Frau stellte die Diskussionsrunde Bevölkerung und politische Beteiligung der Indigenas und Afroamerikanerinnen fest, daß die indigenen und schwarzen Frauen in Lateinamerika und der Karibik einer dreifachen Diskriminierung unterliegen, wegen ihres Geschlechts, ihrer Rasse und ihrer sozialen Stellung in der Politik und bei der Arbeit.

Auf dieser Versammlung, die von UNO-Einrichtungen organisiert wurde, wurde deutlich, daß das Auftauchen weiblicher Führungskräfte in der Region, das wachsende autonome Wahlverhalten der Frauen und die Frauenstimme zu ihrem Gunsten Teil des neuen demokratischen Szenariums sind.

Aber noch ist in den lateinamerikanischen Ländern ein weiter Weg zurückzulegen, bis die Frauen den Platz einnehmen, der ihnen gebührt. •

## IN KÜRZE

#### DER NATIONALE WAHLRAT VENEZUELAS BEREITET SICH AUF DAS VERFASSUNGSREFERENDUM VOR

• DER Nationale Wahlrat (CNE) Venezuelas macht Fortschritte in der Vorbereitung der Volksbefragung, bei der über die Annahme des Entwurfs der Verfassungsreform abgestimmt wird, den Präsident Hugo Chávez Mitte August vorgeschlagen hat. Als Teil des Zeitplans definierte der Wahlrat die für das Referendum vorgesehene Anzahl von Wahlberechtigten mit 16.261.555 Personen, nachdem 154.298 hinzugekommen sind. (PL)

#### PRÄKOLUMBISCHER GOLDSCHMUCK IN PERU VERSCHWUNDEN

• DIE Polizei der Stadt Trujillo – 570 km nördlich von Lima – untersucht das Verschwinden von 121 Teilen eines Goldschatzes der präkolumbischen Kultur Moche, der in einem Museum dieser Stadt ausgestellt war. Der wertvolle Schmuck aus Blattgold wurde wahrscheinlich aus dem Archäologischen Museum

der staatlichen Universität Trujillo gestohlen. Es handelt sich um Stücke von kunstvoll gestaltetem Blattgold aus dem Grabschmuck einer Mumie, die in der Region entdeckt worden ist, und die von unschätzbarem Wert sind, wie das Museum bekannt gab. (PL)

#### IN BRASILIEN STARBEN 121 MENSCHEN AN DENGUEFIEBER

• DER brasilianische Minister für Gesundheit, José Gomes Temporao, machte bekannt, daß es im Land 480.000 Denguefälle gibt und 121 Denguepatienten an der blutenden Variante dieser Krankheit gestorben sind. Die Zahlenangaben wurden zu Beginn der Nationalen Kampagne zur Bekämpfung des Dengue gemacht, wobei darauf hingewiesen wurde, daß das Land bereits eine Epidemie vor dem Beginn der Regenzeit hatte, in der die meisten Fälle auftreten. Temporao erläuterte, daß die Mücke *Aedes aegypti*, die Überträgerin der Krankheit, die Spezialisten überrascht habe, denn ihre Anwesenheit nimmt trotz der von der OMS und OPS empfohlenen Bekämpfungsmaßnahmen zu. (PL)

#### DIE IN DIESEM JAHR AUS DEN USA ABGESCHOBENEN GUATEMALTEKEN ÜBERTREFFEN DIE ZAHL VON 2006

• DIE Zahl der aus den USA abgeschobenen Guatemalteken ist in diesem Jahr schon höher

als 2006, wie die Generaldirektion für Immigration mitteilte. Mit der Ende Oktober zuletzt eingetroffenen Gruppe sind 18.613 guatemalteke Emigranten in ihr Land zurückgeschickt worden. Nach Angaben der Behörden waren es im Vorjahr 18.306. (PL)

#### EL SALVADOR MIT HOHEM INDEX AN UNTERERNÄHRTEN KINDERN

• EL Salvador ist eins der Länder in Zentralamerika mit der höchsten Kennziffer an unterernährten Kindern, heißt es aus Kreisen von Fachleuten. Experten des ersten Workshops über Kinderernährung in Lateinamerika machten auf die hohe Rate an unterernährten Kindern im Land aufmerksam, die nur von Guatemala und Honduras übertroffen wird. (PL)

#### 16 PROZENT DER MEXIKANISCHEN FRAUEN ÜBER 50 JAHRE LEIDEN AN OSTEOPOROSE

• DIE Osteoporose, die die Qualität der Knochen verändert und schwächt und dadurch anfälliger für Brüche macht, befällt in Mexiko 16 Prozent der Frauen über 50 Jahre. Jedes Jahr treten bei den Frauen ca. 25.000 Fälle von Beckenbrüchen auf, die durch diese

„schleichende Krankheit“ verursacht werden. Die Zunahme der Bruchgefahr hat dazu geführt, daß die Verletzungen, besonders die der Hüfte, wieder zu den gewöhnlich bei älteren Menschen auftretenden Beschwerden geworden sind, wobei eine Sterblichkeitsrate von 20 Prozent vorhanden ist, wie das Mexikanische Institut für Sozialversicherung (IMSS) bekannt gibt. Unter den Risikofaktoren, sich eine Osteoporose zuzuziehen, wird die Einnahme von Medikamenten, ein hoher Kaffeegehalt und der niedrige Kalziumgehalt der Nahrung erwähnt. (NOTIMEX)

#### BOLIVIEN BEGÜNSTIGT ALTE MENSCHEN MIT MITTELN AUS DEM ERDGAS

• ANGEREGT durch den zukünftigen Verkauf größerer Mengen Erdgas an Argentinien wird der Präsident von Bolivien, Evo Morales, alten Menschen aus den finanziellen Mitteln der Erdgasgewinnung jährlich einen Gutschein zukommen lassen. Damit institutionalisiert der bolivianische Staatschef seinen Vorschlag, einen Jahresgutschein von 2.400 Boliviano (307,3 Dollar) für ca. 480.000 Menschen über 60 Jahre aus dem Geld eines Produktions- und Vermarktungsaufschlags auf Erdgas und Erdöl zu bezahlen. (AFP) •

# Landwirte der Wissenschaft

• Vor 40 Jahren gegründet, weist das Forschungsinstitut für Tropische Nutzpflanzen (INIVIT) relevante wissenschaftliche Ergebnisse auf, die es zu einem unentbehrlichen Zentrum für die Entwicklung der Landwirtschaft des Landes machen

FREDDY PÉREZ CABRERA  
und RAMÓN BARRERAS VALDÉS  
(FOTOS) - Granma

• HEUTE wäre der alte Adolfo Rodríguez stolz auf das Forschungsinstitut für Tropische Nutzpflanzen (INIVIT) im Kreis Santo Domingo, zu dessen Gründung im November 1967 er beigetragen hatte.

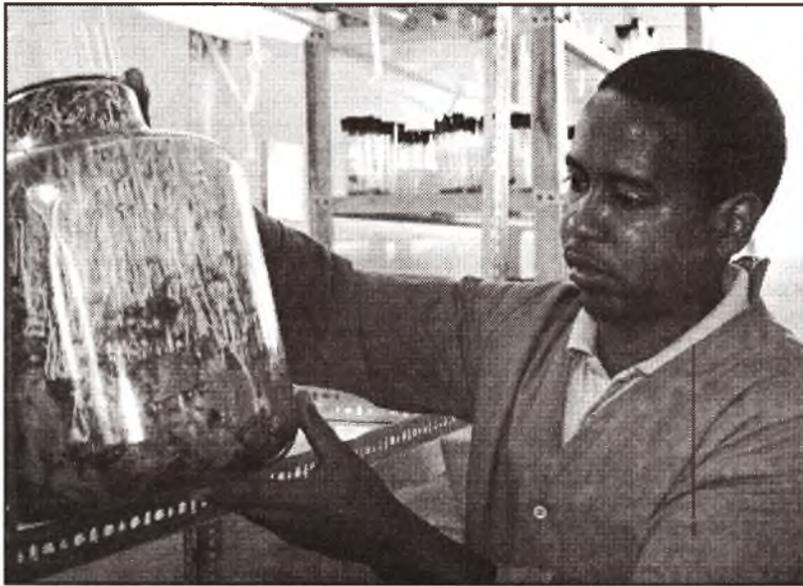
Die Zeiten, als es nur um die Produktion von Süßkartoffelsaat ging, die von der Landwirtschaft des Gebiets gebraucht wurde, sind vorbei. Im Laufe der Zeit wurde jenes bescheidene Anwesen zum Paradies für die Keimplasmen der Nutzpflanzen im Land.

Auf Initiative von Arnaldo Milián Castro, dem damaligen ersten Sekretär der Parteileitung der früheren Provinz Las Villas, heute Villa Clara, entstand die Idee zur Schaffung dieser Saatgutzucht auf einem ländlichen Anwesen bei Santo Domingo.

Angesichts der Anfangserfolge wurde angeregt, die Erfahrungen bei der Süßkartoffel auf andere Kulturen auszudehnen. Diese Entscheidung erforderte, qualifiziertere Kräfte mit in das Projekt einzubeziehen. Es kam eine Gruppe von Fachkräften und Ingenieuren, um der Einführung der Wissenschaft in dieser Einrichtung einen Impuls zu verleihen.

Marksteine in der Arbeit der Institution waren die Besuche des Comandante en Jefe Fidel Castro 1976 und 1991 und des zweiten Sekretärs der Partei, Armeegeneral Raúl Castro, 1988. Sie rieten, die Forschungen auf Bananen-, Kartoffel-, Gemüsepflanzen und Papaya auszuweiten und dazu Fachleute auf anderen Gebieten mit einzubeziehen.

So entstanden die modernen Labors und Forschungslinien, die dem INIVIT ermöglichten, mehr als 100 amtlich registrierte wissenschaftliche Ergebnisse zu erreichen, die Mehrheit davon im Zusammenhang mit ertragreichen, gegen Plagen und



Die mit dem System der Temperatursenkung in-vitro gezüchteten Mikrorollen der Jamswurzel sind laut Agro-Ingenieur Manuel Cabrera, Chef der Abteilung Biotechnologie, ein viel versprechendes Ergebnis

Krankheiten widerstandsfähigen neuen Züchtungen und mit Technologien für die Saatproduktion nach konventionellen und biotechnologischen Methoden bei tropischem Wurzel- und Knollengemüse, Bananen, Papaya und Kürbissen.

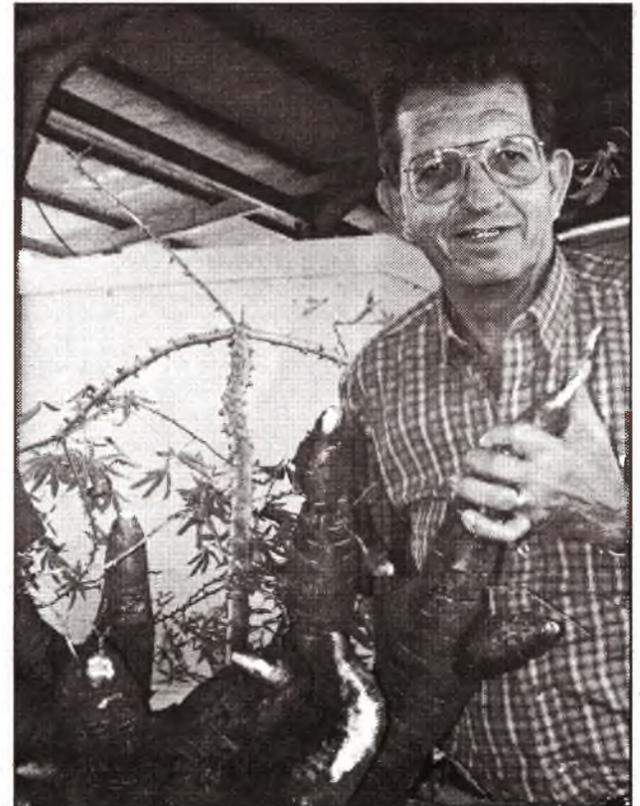
Zum Stolz der kubanischen Wissenschaft genießt das Zentrum heute Anerkennung, da es mit 345 Varietäten über die wichtigste Keimplasmenbank Lateinamerikas bei Bananen verfügt. Außerdem besitzt es 130 Varietäten von Malanga, 650 von Süßkartoffeln, 500 von Maniok und 103 von Jamswurzeln.

In diesen Banken befinden sich die Gene für die Arbeit zur Verbesserung der Kulturen, auf der Suche nach hochwertigen, an die klimatischen Bedingungen Kubas anpassungsfähigen Sorten.

Um eine Idee von der Tragweite der Arbeit des INIVIT zu bekommen, genügt zu erwähnen, daß in Kuba über 80% des Süßkartoffel- und 60% des Maniokanbaus auf hier gezüchteten Sorten beruht.

## HERAUSFORDERUNGEN FÜR DAS INIVIT

Der Parlamentsabgeordnete Sergio Rodríguez Morales gehört der Institution seit 35 Jahren an, die letzten 15 Jahre als ihr Direktor. Mit der ihn charakterisierenden Leidenschaft erwähnt er die wichtigsten wissenschaftlichen Ergebnisse, zieht es aber vor, von Unzufriedenheiten zu sprechen. Die größte ist die, daß die Erfindungen nicht mit der Schnelligkeit angewandt werden, die die Landwirtschaft und die Ernährung der Bevölkerung er-



Der Direktor des INIVIT, Sergio Rodríguez, zeigt eine enorme Maniokwurzel – von fast 40 Pfund –, die in dieser Institution gezüchtet wurde

fordert. Die andere, daß sie es nicht geschafft haben, die Produzenten zu erreichen.

Um dieses Problem zu lösen, wurde im Jahr 2001 die Nationale Gruppe für Nutzpflanzen gegründet, die aus Spezialisten des INIVIT besteht. Sie fahren vier Mal im Jahr durch das ganze Land, um sich mit den Bauern, den Leitern in der Landwirtschaft und den Landarbeitern auszutauschen, aus ihren Erfahrungen zu lernen und die Verbesserungen auf das ganze Land auszuweiten.

„Diese Initiative trägt schon Früchte – erkennt Morales an –; so ist es zum Beispiel schwierig, noch einen Bauern zu finden, der nicht die hier entwickelte Technologie zur biologischen Bekämpfung des Schädling *Tetuán* anwendet, der die Süßkartoffel befällt.“

Eine weitere Herausforderung des Forschungsinstituts für Tropische Nutzpflanzen (INIVIT) ist dem Direktor nach, zur Ersetzung der Importe beizutragen und Deviseneinnahmen durch den Export von Vitrokeimlingen zu erlangen. Für das nächste Jahr sind schon drei Millionen Malanga- und zwei Millionen Jamswurzelkeimlinge bestellt, die in Zusammenarbeit mit anderen Biofabriken des Landes produziert werden. •



Fünf kubanische Patrioten verbüßen lange Haftstrafen in den Vereinigten Staaten, weil sie ihr Volk gegen den Terrorismus verteidigt haben. Mehr Informationen dazu unter: [www.granma.cu](http://www.granma.cu), [www.granma.cubaweb.cu](http://www.granma.cubaweb.cu), [www.freethetfive.org](http://www.freethetfive.org), [www.antiterroristas.cu](http://www.antiterroristas.cu)

## NEHMEN SIE VERBINDUNG ZU DEN FÜNF HELDEN AUF

**ANTONIO GUERRERO RODRIGUEZ**  
No 58741-004  
U.S.P. Florence  
P.O. Box 7000  
Florence CO 81226

**FERNANDO GONZALEZ LLORT (RUBEN CAMPA)**  
No 58733-004  
FCI Terre Haute  
P.O. Box 33  
Terre Haute, IN 47808

**GERARDO HERNANDEZ NORDELO (MANUEL VIRAMONTES)**  
No 58739-004  
U.S.P. Victorville  
P.O. Box 5500  
Adelanto, CA 92301

**RAMON LABAÑINO SALAZAR (LUIS MEDINA)**  
No 58734-004  
U.S.P. Beaumont  
P.O. Box 26030  
Beaumont TX 77720-6035

**RENE GONZALEZ SEHWERERT**  
No 58738-004  
FCI Marianna  
P.O. Box 7007  
Marianna, FL 32447-7007